

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
bei Abholung von unten Hausabstellen: bei Zustellung ins Haus durch unsere Reträger in
der Stadt und auf dem Lande außerdem Postgebühr, durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf.
Postgeb. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags.
— Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit besonderer Genehmigung gestattet.
— Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Meinungen der Verleger.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
wöchentlich. Illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
wöchentlich. landwirtsch. u. handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die eins. Zeilzeile oder deren Raum für Merseburg und umliegendes
Gebiet 10 Pf., für die übrigen Kreise 20 Pf., auswärts pro Seite
20 Pf., im Restland 40 Pf. Bei komplizierterem Satz entsprechender Aufschlag.
Gebühr für Originalarbeiten nach Vereinbarung. Für Nachverrichtungen und Eilbestellungen
besondere Berechnung, nach Anweisung mit Belegung. Belegungsort: Merseburg.
— Monatspreis für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere
Anzeigen bis höchstens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

№ 57.

Wittwoch den 9. März 1910.

36. Jahrg.

Der Bloß, von dem man nicht spricht.

Als vor noch gar nicht so langer Zeit unserer innerpolitischen Lage jeder Anfang zu einer Besserung fehlte und die Gruppierung der Parteien noch so verworren war, daß irrend eine Kräfteansammlung zur Durchführung politischer Fortschritte nicht möglich erschien, haben die wenigen Geschichtsschreiber mit Recht behauptet, daß der Übergang der Staatsfinanzen und die über kurz oder lang eintretende Notwendigkeit, das ganze Finanzsystem des Reiches auf eine andere Grundlage zu stellen, den Beginn einer neuen politischen Entwicklung bedeuten werde. Diese Voraussicht hat sich als richtig erwiesen. Das Bloßgebilde Wilhelms ist durch die stümperhafte Reichsfinanzreform zerprengt worden. Die Parteigruppierung ist dadurch so klar und übersichtlich geworden, wie vor sie seit langer Zeit nicht gehabt haben. Von großen Teilen der Bevölkerung, die sich bei der bis dahin verworrenen politischen Lage nur ungern mit den Vorgängen der Politik befaßten, wird diese Klarheit des politischen Bildes als etwas Wohltuendes empfunden. Daß diese Empfindung auch auf der rechten Seite vorhanden ist, wo sie in jenen von Wächtigen nicht angekannten Art des agrarischen Drangängertums zur Schau getragen wird, ist als sich ebenfalls ein Fortschritt.

Die durch die Finanzreform bewirkte politische Frontveränderung mit der Schnellleiste, mit der sie sich vollzogen hat, mitzumachen, ist natürlich nicht allen Beteiligten so leicht geworden. Und es gibt auch jetzt noch einige Politiker, denen des Nachhins Garten so sehr gefallen hat, daß sie eine nehmütige Erinnerung an die alte Blockzeit, an jene Zeit der unnatürlichen Paarung, noch immer nicht unterdrücken können. So ist auch hier und da auf der linken Seite das Verständnis für die veränderte Lage und für die Notwendigkeit, rücksichtslos Realpolitik zu treiben — d. h. Realpolitik nicht im Sinne der Zeitretreter — noch immer nicht in dem notwendigen Maße entwickelt. Größer als anfangs ist das Verständnis schon geworden. Das muß klar werden, wenn man sich heute daran erinnert, welche Anfeindungen der Abgeordnete Naumann erfuhr, als er vor noch gar nicht langer Zeit das Wort von „Wassermann bis Vebel“ prägte. Heute denkt man schon ruhiger darüber und verschiedene staats- und kommunalpolitische Kämpfe sind inzwischen mit Erfolg unter dieser Parole ausgefochten worden. Man stellt diese Gedanken aber nicht mehr so laut in den Vordergrund, um erst die ängstlichen Gemüter, denen bald der rote Soß, bald der fette Bourgeois als der leibhaftige Gottseibeiuns erscheint, langsam daran zu gewöhnen. Aber der Bloß der Linken marschiert, das ist unverkennbar, nur spricht man nicht von ihm.

Die Grenzschiede zwischen rechts und links tritt immer schärfer hervor. Der trennende Bach ist ein reißender Strom geworden, und man kann es nur begreifen, wenn die im Bahn und Oldenburg kräftig dabei sind, das Flußbett noch so zu erweitern, daß kein Nationalliberaler mehr sich auf das andere Ufer zurückziehen kann. Trotz aller Tiraden wird man doch bis zur nächsten Reichstagswahl von dem rechten Ufer aus versuchen, goldene Brücken zu bauen. Aber man hüte sich auf der linken Seite, sie zu betreten. Es wäre eine weltgeschichtliche Dummheit, wenn irgend eine Partei der Linken sich von der Rechten wieder einfangen ließe und die Phalanx der Linken schwächen würde. Das Zusammengehen der Linken ist das einzige Mittel, die Junkerherzschast in Reiches endgültig zu zerstückeln. Dieser Gedanke muß bis zur nächsten Reichstagswahl Gemeingut im Volk werden.

Es erscheint heute schon verwunderlich, daß diese Erkenntnis sich nicht bereits früher durchgesetzt hat. Hätten wir diese Erkenntnis schon bei den Wahlen 1907 gehabt, dann wäre eine solche Finanzreform, wie sie hat, unmöglich gewesen. Das deutsche Volk ist in seiner Mehrheit fortschrittlich und nicht konser-

vativ gesinnt. 1907 sind etwa 2 Millionen Stimmen mehr für die Parteien der Linken als für die Parteien der Rechten abgegeben worden. Hätten wir das System der Verhältniswahlen über das ganze Reich, dann wäre schon 1907 eine konservative-klerikale Mehrheit nicht möglich gewesen. Sie ist möglich geworden durch die Verschiedenartigkeit der Wahlkreise bezüglich der Stimmenanzahl und durch die unglückliche Blockparolle, deren Befolgung den rechtsstehenden Parteien viel mehr Stimmen der Linken als umgekehrt gebracht hat. Hätte schon 1907 nur für die Stichwahl ein Vorkommen des linken Bloßes bestanden, dann wäre das Wahlergebnis ein ganz anderes geworden.

Alle die kleinlichen Parteimatematiker beweisen mit ihren Berechnungen nur, daß sie die Zeit nicht begreifen haben. Das deutsche Volk will in seiner überwiegenden Mehrheit den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Rechts steht der Feind mit seinem freikonserватiven und antisemitischen Anhang. Ihn zerhacken zu helfen, muß die vornehmste Aufgabe eines jeden Staatsbürgers sein, der nur ein Fünftel des fortschrittlichen Geistes in sich spürt. Die anderen Fragen, die die Parteien der Linken von einander trennen, müssen gegenüber der dringenderen Aufgabe, die Junkerschaft zu stürzen, zurückgestellt werden. Möge dieser Gedanke bis zur nächsten Reichstagswahl weiteste Verbreitung finden. Nur Einigkeit macht stark. Sorgen wir mit Hilfe des Bloßes der Linken dafür, daß dem ähneren Sedan jetzt endlich nach 40 Jahren ein inneres Sedan folge, ein großer Schritt vorwärts auf dem Wege einer freiheitlichen Staatsentwicklung.

Der Entwurf zur Verringerung der Rechtsanwaltsordnung.

Der in voriger Woche vom Bundesrat angenommen wurde, ist gleichzeitig mit der Vorlage zur Entlastung des Reichsgerichts beraten worden, weil er mit dieser auch sachlich im Zusammenhang steht. Denn es handelt sich dabei um die Schaffung eines zweiten Senats beim Ehrengerichtshof am Reichsgericht zu Leipzig. Der jetzt bestehende Ehrengerichtshof ist durch das ständige Anwachsen der Zahl der Rechtsanwältinnen demartig mit Berufsfragen überlastet, daß ein zweiter Senat ins Leben gerufen werden muß. Der Ehrengerichtshof besteht aus dem Präsidenten des Reichsgerichts, 3 Richtern und 3 Rechtsanwältinnen dieser höchsten Instanz. Die Ehrengerichte für Rechtsanwältinnen im Bezirk eines jeden Oberlandesgerichts bleiben die erste Instanz in allen ehrengerichtlichen Fragen. Sie werden aus der Zahl der Vorstandsmitglieder der betreffenden Anwaltskammer gewählt und setzen sich zusammen aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und 3 Mitgliedern.

Aus dem Entwurf über die Zuständigkeit des Reichsgerichts, der dem Reichstage schon zugegangen ist, teilt die „Rein. West. Zig.“ folgendes mit: Die Zuständigkeit des Reichsgerichts wird ausgeglichen bei allen Fällen, in denen beide Vorinstanzen gleichlautende sachliche Entscheidungen treffen. Hierbei ist folgende Ausnahme vorgesehen: Verzicht des Urteil des Berufsgerichtes auf der Auslegung eines Reichsgesetzes, die mit einer früheren Entscheidung des Reichsgerichts in Widerspruch steht, so ist die Revisionsinstanz beim Reichsgericht zulässig. Ferner sind zur Entlastung des Reichsgerichts folgende Einschränkungen der Zuständigkeit vorgesehen: Vereinfachung des Reichsgerichts als Beschwerdegericht in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. Abnahme der Entscheidungen über die Anträge auf Bestimmung des zuständigen Gerichts, Ausschluß der Revision gegen Urteile der Oberlandesgerichte über Arreste und einstweilige Verfügungen. Schließlich wird vorgeschlagen eine Erhöhung der Gerichtskosten für die Revisionsinstanz, eine größere Sicherung der tatsächlichen Feststellungen der Instanzgerichte gegen Revisionsangriffe, die Vereinfachung der mit der Revision verbundenen Suspensioeffekte. Man hofft, die Zivilsenate mit diesen Mitteln zu entlasten, nachdem die

früher vorgelegenen Erhöhungen der Revisionssummen keine Entlastung geschaffen hatten, eine weitere Erhöhung der Summen aus verschiedenen Gründen nicht angängig ist und im Interesse der Einheit der Rechtsprechung eine Vermehrung der Präsidiate nicht zu empfehlen ist.

Zu den Wahlrechtsdemonstrationen

am letzten Sonntag schreibt die „Z. Z.“: Leider ist am Sonntag in Berlin Blut geflossen. Wenn es aber nicht schlimmer gekommen ist, als es kam, so ist dies sicherlich nicht auf das Verhalten der Polizei zurückzuführen. Diese hat trotz einiger gut gegliederter Attaken am Sonntag eine schwere Niederlage erlitten; mehr noch, sie hat eine Reputation stark beeinträchtigende Blamage davongetragen. Die Wahlrechtsparagänger tauchten ganz wo anders auf, als wo man sie mit Aufgebot von Tausenden von Schutzleuten erwartet hatte. Reichstag und Regierung waren Zeuge des Massenwillens. Die Polizei, die wohl am liebsten das herliche und zum Spatzen ergeben mit und ohne Demonstrationszweck geradezu herausfordernde Frühlingswetter abbestellt hätte, sollte aus den Vorgängen nun wirklich die Lehre ziehen, daß friedliche Bewegungen von Hunderttausenden auf der Straße sich nicht unterdrücken lassen, da die Massen, von einem Punkt abgedrängt, doch schließlich irgendwo bleiben müssen und so ganz von selbst wieder neue Demonstrationen bilden. Am letzten Ende ist eine friedliche Menschenmenge doch mächtiger, als ein noch so großes Aufgebot von Polizisten, die die „Kette Höh“, wo die „Füßchen stehen“, immerhin nicht auf allen Punkten zugleich verteidigen können. Die Abperrungs- und Abdrängungsmaßnahmen finden schließlich ihre Grenze an der physischen Kraft der Schutzleute, die doch nur nach Tausenden zählen und unter dem unerbötigt angelegten Dienst schwer zu leiden haben, während die Masse nach Hunderttausenden zählt und daher stets frisch und jung sein kann. Sie kann, wenn sie es darauf anlegt, die Polizisten mürbe und weich machen; die Polizei ihrerseits aber bekommt die Massen nicht klein, solange wie diese sich so disziplinär verhält, daß Säbel und Revolver einschleudern nur in vereinzelten Fällen in Aktion treten können.

Aber den Wert von Straßendemonstrationen kann und soll hier nicht beurteilt werden. Ihre suggestive Kraft ist unbefreitbar. Ihre politische Einwirkungskraft auf die maßgebenden Faktoren mag gering oder vielleicht sogar — in Preußen — nachteilig sein. Aber die Polizei-Demonstrationen gegen die Straßendemonstrationen sind ganz sicherlich nach den verschiedenen Richtungen hin verfehlt. Cassel, Essen, Magdeburg und ersichtlichweise diesmal auch Halle haben am Sonntag gezeigt, daß der Frieden der Bevölkerung, die Sicherheit des Verkehrs am besten gewahrt wird, wenn die Polizei Unzüge und Versammlungen unter offenem Himmel ruhig zuläßt und sich möglichst im Hintergrunde hält. Die Berliner Wachen das auch, was die Bevölkerung jener Städte kann. Sie sind in ihrem Gros mindestens so friedfertig und wohlbehilflich. Wenn man aber die ungeheuerlichen Vorkommnisse der Polizei, die Abperrungen ganzer Straßenzüge sah, die Schutzleute mit ihren ungeschulten Revolvern, dann mußte das verbittend und aufreizend wirken. Ausländer und Süddeutsche, die in Berlin weilten, schüttelten den Kopf und erhielten einen eigenartigen Begriff von der preussischen Freiheit und dem Vertrauen auf dieses Volk, das in stiller, emsiger Arbeit dem preussischen Lande die Werte schafft. Die herben Urteile über die Berliner Polizei fließen am Sonntag vielleicht aus dem Munde bürgerlicher Elemente, die den Belagerungsstand als eine Beeinträchtigung ihrer eigenen Rechte und als eine Unmündigkeit empfanden. Bei dem Festessen der fortschrittlichen Volkspartei waren es namentlich die Abgeordneten Kaufmann, Naumann und Albin, die dem Unmut über die

Polizeimaßnahmen Ausbrauch, von den Festteilnehmern durchaus geteilt. Lehrschrift verließen.

Die Presse der Konservativen und Freikonservativen bearbeitet den „Spaziergang“ der Berliner Sozialdemokratie auf das Schärfste. Die „Kreuzzeitung“ weist besonders darauf hin, daß die Menge den Führern blinden Gehorham geleistet habe und macht auf die Folgen einer solchen Disziplin aufmerksam, indem sie schreibt: In der Hand gewissenloser und gewalttätiger Männer, wie sie heute an der Spitze der Sozialdemokratie stehen, ist eine so auf blinden Gehorham disziplinierte und im Haß gegen Staat und Monarchie, gegen Ordnung und Recht und vor allen Dingen in Mißachtung der göttlichen und der irdischen Autorität gehaltene, leidenschaftlich erregte Masse eine stete Gefahr. Weiter handelt es sich bei der Mobilmachung dieser Masse darum, der Polizei ein Schnippchen zu schlagen und zu zeigen, daß die Sozialdemokratie mit ihrer bisherigen Fiktion, sie wolle ihren Streikungen auf gesetzlichen Wegen nachgehen, vollkommen geblieben sei. Ein anderes Mal wird es sich um ernstere Dinge handeln. Jedemal aber ist es die blind gehorame erteilte Gehorham, die unter Umständen für die „Zapfenzeit“ ihrer Führer bluten muß. Denn die eigentlichen Leiter der revolutionären Veranstaltungen sind entweder durch ihre parlamentarische Immunität für ihre Person geschützt, oder sie bleiben vorfristig hinter der Front. Die Hauptaufgabe muß es also sein, die Massen vor diesen Führern zu schützen und jegliche Verantwortung und alle bösen Folgen den Führern aufzuladen.

Die „Post“ fordert dringend zu gerichtlicher Ahndung der Demonstrationen auf. Erforderlichenfalls verlangt sie ein neues Ausnahmengesetz. Sie äußert sich darüber folgendermaßen: Für uns besteht kein Zweifel darüber, daß gegen die Führer und Urheber der gestrigen Ansammlungen und Umzüge auf Grund des Strafgesetzbuchs teils wegen Landfriedensbruchs, teils wegen großen Unruhs vorgegangen werden könnte und müßte. Sollte aber unsere Rechtsprechung in diesen Fällen abermals versagen, so müßten andere Garantien für die Sicherung der öffentlichen Ordnung geschaffen werden. Die Sozialdemokraten werden sich nicht wundern dürfen, wenn diese Garantien in der Richtung eines neuen Sozialistengesetzes oder der Verbängung des Verlagerungsstatutes, der ja in Italien, Frankreich und Spanien durch Aufhebung der versammlungsmäßigen Garantien oft genug in Kraft tritt, liegen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schiebt die Verantwortung für die Kundgebung am Sonntag eines Opfer gefordert hat, den Leitern des Spaziergangs zu, die mit den Leitern der sozialdemokratischen Partei identisch sind. Weiter nennt das offizielle Blatt den Wahrscheinlichkeitsgang eine „organisierte Verhöhnung des Gesetzes“.

Zur Marinerebe des Reichslanzlers

Die bemerkenswerten Auslassungen französischer Blätter vor der „Temps“ schreibt: Die deutsche Flotte ist wie die japanische noch unentwickelt, dementsprechend einseitiger und weniger flexibel, dementsprechend weniger flexibel als die japanische. Die Erbauung dieser Flotte ist ein Akt der Selbstverteidigung, der sich von Rechts wegen keine Kritik entzieht. Tatsächlich aber hat sich England benachteiligt, man darf jedoch aus der Schöpfung eines militärischen Werkzeuges nicht auf eine bestimmte Verwendung dieses Werkzeuges schließen. Die Tatsache, daß sich eine Flotte der deutschen Flotte gegenüber überlegen, hat seit vierzig Jahren keineswegs den Ausdruck eines kontinentalen Krieges hervorgerufen. Genügend hat die Tatsache, daß sich eine mächtige englische und eine ebenbürtige deutsche Flotte einander gegenüberüberlegen, nicht notwendiger Weise einen Streit zur Folge. Im Gegenteil, die Gleichheit der Mittel oder wenigstens die Verengung einer allzu großen Ungleichheit bildet eher eine Friedensbedingung als eine Kriegsbedingung. Der Reichslanzler hat diesbezüglich eine kurze Erklärung abgegeben, deren Fassung ungeeignet, ebenso weise, wie vorfristig ist. Wenn — in der Gegenwart, wie in der Vergangenheit — Gründe vorhanden sind, welche ein eifriges Zusammenwirken und eine innige Verknüpfung nicht gestatten, so können doch die von Reichslanzler geforderten Beziehungen ohne Opfer und ohne Anstrengung ein gutes nachbarliches und freundschaftliches Verhältnis sichern. — Das „Journal de Debats“ bespricht ebenfalls die Rede des Reichslanzlers und glaubt Deutschland die Verantwortung dafür zu schulden, daß der Anzuger Campbell Bannermanns, betreffend Einschränkung der Flottenrüstungen beider Länder, seine Folge gegeben wurde.

In England und Italien hat die Worte des Reichslanzlers natürlich ein lebhaftes Echo gefunden. Die englischen Zeitungen nachstehende „Westminster Gazette“ schreibt: „Verdächtigungen ein Ende zu machen, ist ein sehr erfindliches Ziel. Wir sind überzeugt, daß Herr v. Bethmann-Hollweg in dieser Hinsicht alles tun wird, was in seiner Macht liegt. Dagegen bleibt es unsere Pflicht, für den Zweck von Sicherheit zu sorgen, der gegenüber dem deutschen Flottenprogramm am ehesten erforderlich ist. Wir können uns nicht dem Traum hingeben, durch gegenseitige Ermahnungen einen Wandel herbeizuführen, aber wenn höfliche und freundliche Beziehungen während der nächsten Jahre aufrechterhalten werden können, so können wir hoffen, daß der Wettbewerb eingeleitet wird, sobald das jetzige Schiffsbauprogramm abgeschlossen ist.“

Politische Uebersicht.

Osterrreich-Ungarn. Der böhmische Landesauschuss verweigerte die Auszahlung der vertraglichen Beiträge der Landesherren an die Lokalbahngesellschaft. Die böhmische Regierung hat die Lokalbahngesellschaft angeordnet, daß diese Bahn ständige Aufsichtsfahrten angedacht hat, weshalb die Bahngesellschaft nunmehr eine Klage gegen den Landesauschuss eingereicht hat. — Wie der „Reiter“ meldet, werden die diesjährigen großen österreichischen Kaisermandate nicht, wie ursprünglich geplant, in Südban, sondern in Mittelgalizien und in dem angrenzenden Teil der ungarischen Karpaten stattfinden. In der Mandatensache werden das Lemberger, Przemysler, die Krakauer und das Kaiserhaus Korps teilnehmen.

Italien. An Stelle des Senators Grafen Falna, der seine Entlassung gegeben hat, ist der Abgeordnete Marquis Cappelli zum Delegierten des internationalen Arbeiterkongresses ernannt worden.

Frankreich. Das Budget, so wie es von der Kammer genehmigt ist, führt eine Erhöhung der Jahreseinnahmen um 150 Millionen, die sich aufammenlegen aus 148 Millionen aus den neuen Steuern und aus 18 Millionen aus dem neuen Zolltarife. Das Finanzjahr 1910 wird aus der Anwendung der neuen Maßnahmen nur einen Vorteil von 75 Millionen zeigen. Die Mehreinnahmen von 150 Millionen, zu denen noch der Teil der Mehreinnahmen von 1909 hinzukommt, den man für das Budget von 1911 veranschlagt, wird das Gleichgewicht dieses Budgets erleichtern und die normale Ausführung des Gesetzes, betreffend die Altersversorgung der Industrie- und Handarbeiter sichern. Eine erste wichtige Etappe zu dem vollständigen Gleichgewicht findet sich schon in dem Budget für 1910 vorbereitet, und man wird, so versichern die Behörden, eine geringeren Anstrengung als der bisherigen notwendig sein, um die finanziellen und wirtschaftlichen Lage des Landes vollständig zu genügen. — Im Laufe der Unternehmung wegen der in Fes an 20000 begangenen Unregelmäßigkeiten wurde festgestellt, daß die Verantwortlichen wiederholt Beamte bestochen hatten, um sich der Zahlung der für verpätete Verzinsungen vorgesehenen Konventionalstrafen zu entziehen. In anderen Fällen waren in den Behörden der Datsch der Verlegung der öffentlichen Anstaltsminister Dourmerge ist an Stelle des verstorbenen Senatsmitgliedes Desmons (sozialistischer Radikal) für das Departement Gard mit 501 Stimmen in den Senat gewählt worden. — Die Zustände auf Guadeloupe verschlimmern sich immer mehr. Der Generalsekretär der Kolonie Guadeloupe, Seny, wurde auf der Veranstaltung der Kolonie durch zwei von einem Unbekannten abgefeuerter Schüsse schwer verwundet.

Rußland. Die Duma hat am Montag den Etat des Ministeriums des Innern angenommen. Sozialdemokraten, Arbeitergruppe und Muselmanen stimmten gegen die Annahme. — Die administrative Verbindung in Rußland wird nicht mehr in dem früheren Umfang angewandt. Bei der Beratung des Ministeriums des Innern in der Duma am 17. Februar wurde beschlossen, die Direktoren der Ministerien von mehreren Räten ausgegliedert zu werden, es sei unvorteilhaft, daß die Regierung ihr Versprechen, betreffend die administrative Verbindung nicht erfüllt habe. Am 1. Februar 1908 die Zahl der nach den entfernt liegenden Gouvernements Verlegungen 17 120 betragend, im vorigen Jahre 1907 in der Zahl 1908 seien 7077, im Jahre 1910 171 Personen verbannt worden. Gegen die ersten zwei Monate des Vorjahres betrage die Abnahme 50 Pros.

England. König Edward ist Sonntagabend abgereist, um sich über Paris nach Biarritz zu begeben. — Ein Unrecht hat sich am Montag Premierminister Balfour auf Befehl des Oberhauses ereignet, wobei die Regierung bezüglich des Oberhauses einbringen werde, auch Vorschläge über eine Verlängerung der Dauer der Parliamentssessionen entfallen würden. Kriegsminister Haldane erwähnte bei seinen Erklärungen zum Heredesbudget auch, daß das Kriegsministerium Erwidlungen über die Frage der Selbstläufer angeht habe und dabei zu der Meinung gekommen sei, daß ein Selbstläufer gebaut werden müsse, die Selbstläufer praktisch verwendbar seien. Man habe in der Arme vor Jahre lang an der Herausbringung eines neuen Geschosses gearbeitet, das sich nimmer als sehr zufriedenstellend erwiesen habe und verlagsweise eingeführt werden solle. In seinem Material ähnelte es dem deutschen Geschoss, sei aber größer und aus feinerem Stahl hergestellt. Der Minister erklärte, daß die Entscheidung ab, daß das Kriegsministerium die Einrichtung eines regulären Luftschiffkorps beabsichtige und bezieht über die Forschungen, die eine Kommission, deren Präsident Lord Rayleigh sei, über das Problem der Luftschiffahrt angestellt habe. Auf Grund der Ergebnisse dieser Forschungen arbeite das Kriegsministerium nimmer. Es bestimme ein kleines einfaches Luftschiff in Aussicht, das zurzeitbestehende Versuche aufzunehmen habe, und sei mit dem Entwurf zu einem großen Luftschiff beschäftigt, der während des laufenden Finanzjahres erbaut werden solle, während ein großer, zum Flottendienst bestimmter Luftschiff im Sommer auf Stapel gelegt werden würde. Zwei weitere kleine Luftschiffe seien in Frankreich in Aussicht gegeben. Sobald das Kriegsministerium sich die Entscheidung zu eigen gemacht haben werde, die diesen Anzumerkungen sich ergeben würden, werde man an den Bau weiterer Luftschiffe gehen und so in den Besitz einer Luftflotte gelangen.

Niederlande. Prinz Heinrich der Niederlande ist an einem Rotarich erkrankt und bildet seit Sonnabend das Bett. Die Temperatur des Patienten, die anfangs hoch war, ist jetzt gegen zurückgegangen.

Türkei. Der türkische Minister des Äußeren Dr. Monomomitsch, der nach längerer Unterredung mit dem türkischen Minister des Äußeren und mit dem Großvezir hatte, wurde am Sonnabend nachmittag vom Sultan empfangen. Der türkische Minister hat Montag die Mitteldirektoren des Äußeren, wo er mehrere Tage zu verweilen gedenkt.

Perthien. Der Kriegsminister Marinostich, der in der letzten Zeit wiederholt darüber klagte, daß die Militärkräfte seien aus der Heranzugewandtheit bezüglich der Forderungen nicht die nötige Beachtung schenke, hat um Einbebung vom Unte nachgesucht.

Perthien. In der Wiederöffnung des Parlaments erklärte am Sonnabend der Präsident, er erhalte von allen Seiten Boten gegen die ausländische Anleihe; doch unterliege diese Frage nicht der Erörterung im Parlament.

da die Minister die Bedingungen Rußlands und Englands im Parlament nicht mittelteilten.

China. Wieder eine chinesische Studienreise. Wie die „London Morning Post“ aus Peking meldet, wird Prinz Taitoo mit einer aus 20 Personen bestehenden militärischen Kommando am 12. d. M. eine Studienreise antreten, um die militärischen Systeme Europas kennen zu lernen.

Mittel- und Südamerika. Nach einer Weidung aus Nicaragua haben die Führer der Revolutionäre vom Sekretär des Präsidenten Madrid ein Telegramm erhalten, in dem dringend zum Frieden und zur Verständigung geraten wird, ehe eine fremde Macht interveniere. Das Telegramm sei nicht beantwortet worden. — Die öffentliche Regierung hat sich laut amtlicher Mitteilung geneigt, die neunzehnten Wähler aus den Territorien Tacna und Arica auszuweisen, da sie nicht wählten, die Verfassung zu achten. Ferner erklärt die Regierung, die Wähler schließen lassen zu müssen, wenn der Bischof von Arequipa es ablehne, diese Wähler durch öffentliche Beiträge zu lösen. Die Ausführung der Wahlrechtsverpflichtung wurde auf die Wähler des Kantons im Juni zu verschieben. — Das Kabinett von Peru hat seine Entlassung eingereicht.

Deutschland.

Berlin, 8. März. Der Kaiser empfing am Sonnabend den Oberleutnant v. Stephani der Schutztruppe Kamerun in Audienz und sprach ihm seine Anerkennung aus für die deutsche Waffentreue, mit der er gelegentlich der vorjährigen Grenzregulierung in Nordnigeria den bedrängten Engländern Hilfe und Rettung gebracht habe. Als Anerkennung für sein tapferes Eingreifen in dieses Geschäft, in dem Oberleutnant v. Stephani schwer verwundet wurde, überreichte ihm der Kaiser persönlich den Kronorden 4. Klasse mit Schwertern. Sonntagabend 5 1/2 Uhr reiste der Kaiser, wie schon in vor. Nr. gemeldet, nach Oldenburg ab, wo er am Montag morgen um 8 1/2 Uhr eintraf. Er fuhr mit dem Großherzog und dem Großherzogin, die ihn auf dem Bahnhof erwarteten, in ein Automobil zum Elisabeth-Ana-Palais, um dort einen Inbiss einzunehmen. Montag mittag traf der Kaiser in Wilhelmshaven ein. Er begab sich sofort nach dem Erzherzoghof der zweiten Marinebrigade, um der Vereidigung der Rekruten beizuwohnen. Nach den Ansprachen des evangelischen und des katholischen Stationspastors richtete der Monarch eine kurze Ermahnung an die Rekruten. Später begab sich der Kaiser mit dem Prinzen Heinrich zu der evangelischen Garnisonkirche, deren Erweiterung geplant ist, besichtigte die Kirche und hörte ein Konzert des Kirchenchors an. Abends fuhr er zum Yachtclub „Deutschland“, wo er Wohnung nahm. Nachmittag unternahm der Kaiser einen Spaziergang an Land bis zum neuen Hafen und den Schleusenanlagen, die er, nur von einem Adjutanten begleitet, besichtigte. Am Abend fand beim Kaiser an Bord der „Deutschland“ ein Dinner statt, bei dem der Kaiser zwischen den Admiralen Graf v. Vaudissin und v. Holzmann saß. Geladen waren die in Wilhelmshaven anwesenden Admirale, darunter Vizeadmiral Paschen und Konteradmiral Bachmann vom Reichsmarineamt, ferner die Kommandanten der „Deutschland“ und der „Königsberg“.

— Der Kronprinz und die Kronprinzessin haben gestern nachmittag die Rückreise von Frankfurt a. M. nach Berlin angetreten.

— Prinz Eitel Friedrich von Preußen wird, wie aus Kairo telegraphisch berichtet wird, mit seiner Gemahlin an Bord des Dampfers „Prinz Heinrich“ vom Norddeutschen Lloyd am 14. d. M. in Alexandria eintreffen. Von dort aus erfolgt die Weiterreise über Kairo nach Vorderasien. Am 5. April wird das Prinzenpaar an Bord des Dampfers „Schleswig“ vom Norddeutschen Lloyd von Alexandria aus nach Jaffa reisen, wo die Ankunft am 6. April erfolgt. In Jerusalem wird Prinz Eitel Friedrich bekanntlich als Vertreter des Deutschen Kaisers der Einweihung des Erholungshomes auf dem Ölberge beiwohnen. Über weitere Reisen zu Lande verläutet noch nichts Näheres. Am 21. April wird das Prinzenpaar in Beirut an Bord des Dampfers „Schleswig“ die Rückreise antreten und am 25. April in Neapel eintreffen.

— Der Bundesrat hat in seiner Plenarsitzung am Montag dem Entwurf der Reichsverfassungsänderung zugestimmt.

— Das preussische Staatsministerium hielt am Montag eine Sitzung ab.

— Militärische Personalien. General v. Dammig, Kommandeur der 35. Division, wird zur Disposition gestellt. Generalleutnant Oldenburg, Kommandeur der 71. Inf.-Brig., zum Kommandeur der 35. Division ernannt.

— Zur weiteren Entlastung des Reichsgerichts soll nach dem „Frankf. Kur.“ ein oberster Konulargerichtshof eingerichtet werden, an welchen alle Revisionen gegen Entscheidungen der Konsulargerichte gehen sollen.

— Die Neuregelung der Wohnungsgeldzuschüsse für die preussischen Staatsbeamten, welche bekanntlich provisorisch bis 1910

festgelegt worden sind, wird nach der „Frankf. Ztg.“ vom Staatsministerium auf den Herbst 1910 verschoben werden. Die Staatsregierung sieht auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß eine einheitliche Regelung in den Bezügen bei den Reichs- und preussischen Staatsbeamten notwendig ist. Bis zum Herbst 1910 hofft man sich mit dem Bundesrat auch über die Heraushebung einiger Drie in höhere Serviceklassen geeinigt zu haben.

(Zur Aussprache über die Jugendorganisationen in der Fortschrittlichen Volkspartei) fand am Sonnabend im Anschluß an die Einzelparteitage unter Teilnahme der Abgeordneten Rosenow, Berlin, Delius, Halle, Arnold-Roburg im Zentralhotel zu Berlin eine Zusammenkunft statt, die von Delegierten aller freimüthigen Gruppen zahlreich besucht war. Zu Vorhänden der Konferenz wurden gewählt Syndikus Meyer, Charlottenburg, Schlie-Hamburg, Dr. Levi-Stuttgart. Nach eingehender Diskussion wurden folgende Beschlüsse gefaßt: „Die Konferenz von Vertretern und Freunden der Fortschrittlichen Jugendvereine begrüßt mit aufrichtiger Freude den Zusammenschluß der drei entschiedenen liberalen Parteien zur Fortschrittlichen Volkspartei und erkennt die Regelung der Jugendorganisation im Rahmen des Organisationsstatus als unerwünscht an.

Sie empfiehlt den Parteigenossen, überall, wo es anständig ist, auf Grund des Organisationsstatus Jugendvereine zu gründen, die je nach den lokalen Verhältnissen den Ortsvereinen oder unmittelbar den Bezirksverbänden anzuschließen sind. In jedem Falle ist eine Vertretung der Jugendorganisationen in den übergeordneten Organisationsvorständen zu erstreben. Die Konferenz betont, daß sie die wesentliche Aufgabe der Jugendvereine in der Propagierung des Parteiprogramms, insbesondere innerhalb der Jugend erblickt.

(Aber die Versammlungsfreiheit im Kreise Grimm) schreibt man der „L. Z.“: Wir sind in der Lage, ein praktisches Beispiel zu geben zur Staats- und Rechtsphilosophie des leitenden Staatsmannes über die „gottgewollten Abhängigkeiten“. Das Beispiel stammt „ausnahmsweise“ aus dem Kreise — Grimm. Der pommerische Parteisekretär der Liberalen wollte in diesem Kreise im Februar Versammlungen abhalten und hat sich zu diesem Zweck mit einer Reihe ländlicher Saalbesitzer mündlich und schriftlich in Verbindung gesetzt, mit dem Erfolge, daß in nicht weniger als 11 Ortschaften des Kreises die Hergebe der Säle zur Abhaltung liberaler Versammlungen verzweigert wurde. Sehr interessant ist in vielen Fällen die Begründung. Es würde zu weit gehen, diese im einzelnen aufzuführen. Von allen auf dem flachen Lande im Kreise Grimm bei der letzten Reichstagswahl 1907 überhaupt abgegebenen Stimmen (rund 4500) entfällt etwa der fünfte Teil auf jene 11 Ortschaften (881). Diese 881 Reichstagswähler werden also durch die „gottgewollten Abhängigkeiten“ eines Duzendts Gastwirte gegen die Einwirkung liberaler Politik so gut wie abgeschloffen. Preussische Eigenart!

(Amtliche Agitation für die konervative Partei.) In der ostpreussischen Landgemeinde Kraupischken und in den umliegenden Ortschaften zirkulierte nach der „Zittner „Allg. Ztg.“ in diesen Tagen folgende Bekanntmachung: „Am Freitag, den 4. März, vormittags 10 Uhr: Versammlung des Konservativen Vereins im Hotel Meyer-Kraupischken. Bericht des Reichstagsabg. Grafen Kanitz und des Landtagsabg. Gottschalk. Vorträge über die politische Lage. Es werden alle reichstreu denkenden Männer gebeten, dieser Versammlung beizuwohnen. Der Gemeindevorsteher im Auftrag des Herrn Amtsvorstehers Kraupischken.“ — Von alledem haben weder der Ministerpräsident noch der Minister des Innern die geringste Ahnung!

Verkehrs-Verein für Merseburg u. Umgegend. G. V.
 Von der königlichen Eisenbahn-Direktion Halle a. S. ist aus der Fahrplänenliste — gültig vom 1. Mai 1910 ab — zurückgegangen und liegt derselbe bis einschließlich 12. März er. zur Einsicht im Contor unseres Vorstehenden Stadtrat Thiele aus. Begründete Wünsche werden gern befürwortet an die königl. Eisenbahn-Direktion weiter gegeben.
 Der Vorstand.

Reichskrone.
 Täglich von 7-12 Uhr abends
Familien-Unterhaltungskonzert
 vom **Salon-Orchester „Dignon“**
 4 Damen. 2 Herren.
 Soubretten Magdalene Knietsch.

Die Eröffnung meiner **Modell-Hut-Ausstellung**
 (Pariser und Wiener Originale und Copien meines Ateliers) sowie den Eingang **sämtlicher Saison-Neuheiten**
 beehre ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen.
 Grosses Lager eleganter garnierter Damen u. Kinderhüte. Auswahlensendungen gern zu Diensten.
 Hochachtungsvoll
Clara Leissner,
 Halle a. S., Lindenstrasse 53,
 Ecke der König- und Merseburgerstrasse.

Pilo
 Probieren Sie Pilo und Sie werden finden, dass es die beste Schuhcreme ist, die existiert.

Umarbeitungen und Modernisierungen von **Hüten**
 Bekannt geschmackvoll und elegant. Bestellungen erbitte baldigt.
B. Pulvermacher, Damenputz, Merseburg,
 Kleine Ritterstrasse 13.

Um zu für 27 Pfennig pro Stück räumen
1/2 Schweine-Klein-Fleisch,
 von 80 Pfund an enthaltend Köpfe, Schwänze, fleischige Bioten, Ohren etc. von inländischen Landschweinen, amtlich untersucht leicht gefalgene Ware.
 10 Pfd. Colli Mk. 2.70 1a Eisbein p. Pfd. 55 Pf.
 1a Schälrippen p. Pfd. 40 Pf. 1a Fleischwurst p. Pfd. 65 Pf.
 1a Fleischwurst p. Pfd. 1 Mk. 1a Cervelatwurst p. Pfd. 1.30.
 Alb. Carstens, Altona 517.

MESSMER'S
 AUSGEWÄHLTE FEINE **THEE-SORTEN**
 100g Pakete 0.55 Mk. 140 Mk.
 C. L. Zimmermann, Burgstraße 15.

Donnerstag den 10. d. M. treffe ich mit ca. **50 Stück** prima holsteiner und seeländer **Oagenpferden** sowie schwer. dänischen Ackerpferden ein.
Halle S., Delitzscherstr. 8.
Fr. Zwickert.
 Telefon 2921.

Um damit zu räumen
 verkaufe, teils bis zu den Einkaufspreisen ermässigt:
Fatterstoffe für Herren-Konfektion,
 als: Serge, Cloth, Satin, Cöper- und Eisengarn-Aermelfutter, Westenrücken, Taschenfutter etc.
Rot und naturell gestreiften Markisendrell.
Rot, rot-rosa und rot-grau gestreift. Matratzendrell.
Läuferstoffe für Korridor- und Treppenbelag.
Grünes Schürzenleinen.
Hemdenbarchende.
 sonst 48 50 55 60 65 Pfg.,
 jetzt 37 39 43 46 50 Pfg.
Kleiderstoffe in Wolle u. Halbwohle, schwarz u. farbig.
 Ferner eine Partie **Reste** vorgenannter Artikel besonders billig.
G. Brandt, Gotthardtstrasse 25.

Monatlich 30 Mk. Inkassoprovision.
 Gut eingeführte alte Lebensvers.-Ges. hat ihre Agentur für die Art. Volksversicherung (Wochenbeiträge) mit abiger Inkasso Provision, welche händig fertig zu vergeben. Reflektiert wird auf einen Herrn, welcher die Branche kennt und energisch ein gutes Neugeschäft anstrebt. Kleine Kaution erforderlich. Neben der Inkassoprovision wird hohe Abfluss Provision gewährt. Gest. Angebote unter M H postlagernd Halle a. S. erbeten.

Zöpfe in allen Farben und Preislagen von 8 Mt an. Unterlage von 50 Pf. an. Aufarbeiten und Färben getragener Zöpfe.
Otto Stiebritz, Gotthardtstrasse 32.
 Spezial-Geschäft für Damenfrisuren und Haararbeiten.
Pixaven-Haarwäsche.

Hochfeines Blumenmus,
 ger. aus frischen Blumen,
Pfund 25 Pfennig.
 süße Blumen, Pfund 20 Pf.,
 Ringäpfel, Pfund 40 Pf.,
 empfiehlt
Adolf Kunecke,
 Gutenbergstraße 1.

Buttermilch-Seife
 Für zarte, empfindliche aufgesprungene Haut!
a Stüd 25 Pf.
 In Reisebegleitung zu haben bei:
 Carl Elker Ww.,
 Bernh. Frisch Nachf.,
 Th. Funke,
 J. A. Jauerbrey Nachf.,
 Wilh. Schumann,
 Anton Welsel,
 Hermann Wenzel,
 Reinhold Kiese,
 Gustav Jost.
Paul Häther Nachf.
 Nachahmungen weist man zurück!



W. Borsdorf
 Schmalfeldstr. 6.

Schirme, Spazierstöcke, Handschuhe
 empfiehlt billigt
Ww. Marie Müller,
 Burgstrasse 6.
 1 Post. Damenregenschirme und -Handschuhe
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Lichtbad Helios
 Merseburg.
 Weissenfelsstr. 9. Tel. 330
Elektr. Lichtbäder.
 Erfolge: Kurverfahren bei Rheumatismus, Njchias, Gicht, Influenza, Asthma, Luftdrögenfat, Nerven-, Haut-, Nieren-, Magenleib. Täglich auch für Damen offen. Sonntags 8-1.

Einen Posten
Konfirmanden- u. Kinder-Anzüge
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Otto Philipp,
 Schmalfeldstrasse 8.

Schuhwaren
 in allen Qualitäten und Preislagen empfiehlt billigt
A. Leber, Schuhmachermeister,
 Neumarkt 17.

Tanzunterricht.
 Der diesjährige Tanzunterricht für die Herrn Schüler des Königl. Dom-Gymnasiums beginnt **Sonabend den 9. April** im „Eivoll“. Gesch. Anmeldungen nimmt Herr Ohme, Bühl 20, für mich entgegen.
O. Hölzer, Lehrer der Tanzkunst.

Fein eingefädelt
 ist es, dass man trotz der teuren Butterpreise auf den Genuss dieses beliebten Nahrungsmittels nicht zu verzichten braucht. Nehmen Sie die beliebte Delikatess-Margarine
Solo
 die Ihnen in jeder Beziehung vollkommenen Ersatz selbst für feinste Meiereibutter bietet.
 Man versuche auch die Delikatess-Margarine
Rheinperle
 den beliebten Butter-Ersatz der feinen Küche!
 Allein-Fabrikanten: HOLL. MARGARINE-WERKE JURGENS & PRINZEN, G. m. B. H., GOCH (RHLD.)

Schultaschen
 für Knaben und Mädchen, in der Hand und auf dem Rücken zu tragen.
 Besondere Vorzüge: **Solide und sehr preiswert.**
 Tafeln, Federkasten, Griffel, Schwämme, Frühstücksdosen in grösster Auswahl.
Spielwarenhaus Wilhelm Köhler,
 Gotthardtstrasse 5.

Pianos Ritter
 Grossh. Sächs. Hol-Pianoforte-Fabrik, Halle a. S.
Flügel Harmoniums
 Grösste Auswahl. Sicherste Garantie.
 Nur anerkannt gediegenes Fabrikat zu mässigem Preis.
 Bequeme Zahlungsbedingungen.

Künstliche Zähne, Plomben etc.
 Umarbeitung schlechtstehender Gebisse.
 Zahnziehen fast schmerzlos. — Mässige Preise.
Willy Mader, Merseburg, Markt 19.
 Im Hubert Totzke, Gegenüber dem Ratskeller.

Modes.
 Hüte zum Modernisieren erbitten möglichst bald.
J. Hagen, Kleine Ritterstrasse 15.

Erfurter Blumen- u. Gemüse-Samen
 in feinsten Qualitäten empfiehlt
Adolf Kunecke, Gutenbergstr. 1.

Bürgerverein „Süd u. West“
 zur Förderung allgemeiner städt. Interessen.
Montag den 14. März, 8 1/2 Uhr abends,
 in der „Goldenen Kugel“
General-Versammlung.

Tagesordnung
 1. Berlesen der Niederschrift der letzten Versammlung.
 2. Jahresbericht.
 3. Rechnungslegung.
 4. Festsetzung des Vereinsbeitrages.
 5. Abänderung des § 9 der Vereinsstatuten.
 6. Wahl des Vorstandes und der Rechnungsprüfer.
 7. Berichtendes.
 Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. Gäste, durch Mitglieder eingeladen, sind willkommen. **Der Vorstand.**

Frankleben
 Sonnabend den 12. März
grosses Militär-Konzert,
 angeführt von der Kapelle des 72. Infanterie-Regiments, unter persönl. Leitung seines Dirigenten.
Anfang abends 8 Uhr.
 Dazu ladet ergebenst ein
K. Precht.

Prenschischer Adler.
Wittwoch Schlachtfest.
Dieters Restauration.
 Neu!
Schlachtfest.

Donnerstag
frische hausflägl. Bursk.
G. Fischer, Weissenfelsstr. 12.

Donnerstag
hausfläglene Bursk.
O. Tauch.

Anfertigung aller Polster-, Tapezierer- und Dekorationsarbeiten prompt und billigt.
Paul Stolle,
 Tapezierer und Dekorateur,
 Sandstrasse 22

Möbel und Instrumente
 aller Art werden sauber aufpoliert und repariert in und außer dem Hause bei billigster Preisstellung. Näheres
Neumarkt 57

Strümpfe aller Art
 angefertigt werden neu u. Sand 22, pt.

Waschen und Plätten
 nimmt an **Müllerstrasse 12.**
 Ein zuverlässiger moderner

Rutscher
 per 1. April gesucht
Paul Marckscheffel & Co.
 Eine zuverlässige Tagelöhner-Familie sucht
Klein-Kayna Nr. 29.

Suche zum 1. April cr. ein ordentliches, lauberes Dienstmädchen bei gutem Lohn.
Selma Bergmann, Gotthardtstr. 19.
 Junges Mädchen, welches Oterz die Schule verläßt, Aufwartung für vormittags
 wird als **Annenstrasse 22, 2. Et.** gesucht
Hierzu 2 Beilagen.

Beilage zum „Merseburger Correspondent“.

№. 57.

Wittwoch den 9. März 1910.

36. Jahrg.

Erste Beilage.

25. Provinzial-Landtag.

(Orig.-Bericht.)

Merseburg, 7. März 1910.

Das Haus ist gut besetzt. Der Präsident Graf von Wartensleben-Bogasen eröffnet die Sitzung mit der Bekanntgabe einiger Mitteilungen. Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten:

1. Entwurf des Haushaltsplanes und der Sonderausgaben für die Budgetjahre 1910 und 1911. Landeshaupmann Freiherr von Wilmsdorf: Die Haushaltspläne haben in diesem Jahre verschiedene Veränderungen hinsichtlich der öffentlichen Anlagenerweiterung erfahren. Grundprinzip war bei Aufstellung der Haushaltspläne strengste Sparamkeit. Doch wird es sich nicht vermeiden lassen, eine Steuererhöhung von 1½ Proz. einzutreten zu lassen. Der Etat beläuft sich auf 11 873 000 Mk., gegen den letzten Etat 2 000 000 Mk. mehr. Alle Kapitel haben eine wesentliche Erhöhung erfahren. Im besonderen sind es die Positionen Beteiligungen, Wegebau, die Fürsorge für die Gefesselten, Soldaten, Geisteskranken, Taubstumme und Blinde, die sehr erhebliche Mehrforderungen veranlassen; ferner nach Antragsforderungen für das Landarmenwesen und die Provinzial-Schulden. Keine Erhöhung der Provinzial-Quellen konnten nicht eintreten werden. Die allgemeine Verwaltung verzeichnet an Einnahmen 4 263 695 Mk., so daß zur Deckung der Ausgaben von jährlich 11 773 000 Mk. der fehlende Betrag von 6 909 305 Mk. durch Provinzialsteuern aufgebracht werden muß. Es wird vorgeschlagen, die Provinzialsteuern von 10% auf 12% zu erhöhen. Die andere Provinz hat eine höhere Erhöhung als die Provinzialabgaben. Es geht, wenn der Landtag der diesmaligen Erhöhung zustimmt, unsere Provinz immer noch um die sich in besserer Finanzlage befindlichen Provinzen. Mit der Bemerkung, daß der Etat unter dem Grundprinzip strengster Sparsamkeit aufgestellt und es ihm nicht leicht geworden ist, mit einer abnormalen Steuererhöhung zu kommen, schloß der Redner seine Einleitung. (Bravo.)

Der Präsident bittet, sich bei der Debatte kurz zu fassen. Abg. Graf Hue de Grais erklärt die überflüssige Ordnung des Etats an und äußert sich sehr ausführlich über die einzelnen Kapitel.

Abg. v. Jagow-Flöberg dankt für die Gaben von Brot und Wein und prinstet Seite namens der durch das Rechtsgewinn der höchsten Einkommen der Provinz. Er geht dann auf den Etat ein und erkennt das Sparamteprinzip mit Genugtuung an. Aber es kann weiter gefordert werden. Streng muß es namentlich den Wägen zur Pflicht gemacht werden, daß sie mit den Mitteln der Provinz sparen umgeben. Sie brauchen nicht immer die neuesten Instrumente und Maschinen. Das Landrecht erfordert auch wieder einen Aufschlag, der im 6. nicht nötig ist. Wir haben keine Veranlassung, hierfür neue Mittel zu bewilligen. Auch die Ausgabe für das Provinzial-Museum ist nicht nötig. Man soll die in Halle befindlichen Sammlungen teilen; viele Städte, die jetzt noch Museen besitzen, werden gegen die Sammlung auf eigene Kosten übernehmen. Große Sparamkeit kann beim Wegebau der Provinz gefordert werden. Die Provinz sollte sich für den Bau von Straßen nicht mehr machen, sondern dies den Kreisen überlassen und diese dann mit Beihilfen unterstützen. Die Straße bauen bedeutet billiger und besser. Die Aussicht kann die Provinz ja weiter ausbauen. Die Automobile, die unsere Gewässer und Wege so in Mitleidenhaftigkeit ziehen, sollten einfach auf einer Abgabe beiragend werden. Von der Stellung eines besonders hohen Einkommens, die von dem Gewinnebau durch die Provinz jetzt ab, darüber wird man sich in der Kommission verhalten.

Abg. Oberbürgermeister Van Si-Luedinburg wendet sich auch gegen die Mehrbewilligung beim Wegebau. Die Steuererhöhung bei der Grund- und Gebäudesteuer ist nicht richtig ausgeführt. Was die Neubewilligung für eine neue Ansicht der Provinz angeht, so ist es unbedenklich, daß die Ansicht in einer größeren Erhöhung nicht nötig ist, während man doch früher die Einsparung vorzog.

Abg. Franz-Borbis äußert sich zu den Vorschlägen betr. die erhöhte Festsetzung des Steuerzolls und warnt davor, da dann die überflüssige, die doch im Etat eingestellt werden, erheblich geringer ausfallen. Vor allen Dingen müssen wir jetzt dahin arbeiten, daß die alten Schulden, die noch vom Jahre 1875 stammen, getilgt werden. Zur Deckung der Ausgaben für ein Provinzial-Museum ist es nicht ratsam, die Mittel teilweise aus Darmitteln der Provinz zu entnehmen. Soll ein Museum gebaut werden, so möge man die Mittel auf dem Wege einer außerordentlichen Anleihe aufbringen.

Abg. v. Oetere-Schlössingen spricht gegen die neue Ansicht, moßte bekanntlich 5 Mill. Mk. für den Zuschlag werden sollen. Auch die 85 000 Mk. für die Landeshauptstadt werden, sind nicht nötig. Man sollte sie einfach streichen.

Abg. v. Oetere-Schlössingen spricht für die Bewilligung von Mitteln für Zwecke der Landtagsabgeordneten.

Abg. Freiherr v. Oetere-Schlössingen: Es ist bedauerlich und beirrend, daß man gleichzeitig die Provinzialsteuern erhöhen und eine Anleihe von nahezu 5 Mill. Mk. aufnehmen will. Es wird hoffentlich der Kommission möglich sein, die Steuern herabzudrücken. Weitere Sparamkeit können bei der Position Landeshauptstadt und dem Provinzial-Museum gemacht werden. Die Annahme der Entgeltung der Gefängnis-Verein und die jetzt dadurch nötige Erwidmung eines Museums ist m. E. nur ein Danaergeld. Gespart kann ferner bei den Gefängnissen werden; hier muß man darauf hinarbeiten, daß sich die Position, eher vermindert und nicht vergrößert. Ferner wird der Provinzial-Schulden getilgt. Das von einer Anleihe aus dem Jahre 1875 noch der vierte Teil zu tilgen ist, ist durchaus nicht wirtschaftlich gut zu nennen. Man soll der erhöhten Schuldentilgung doch ernsthaft näher treten. Die Manipulation betr. des Provinzial-Museums kann ich auch nicht gutheißen. Die Kommission möge darauf dringen, daß die Steuern herabgedrückt werden. Mein Vorschlag ist der, die Provinzial-Quellen überflüssigen für bedenklich. Dann geht er auf die Mehrbewilligungen für die Fürsorge-Einrichtung ein. Er

findet es bedauerlich, daß hierfür so erhebliche öffentliche Mittel angewandt werden. Die angewandte Menge ist nicht richtig. Die vordringende Fürsorge wird überhaupt nicht angewandt. Ferner sollte man kein Augenmerk mehr auf die Familienfürsorge als auf die Unfallversicherung richten, da dies auch billiger ist. Wie die vordringende Fürsorge angewandt, wie es das Gesetz will, dann werden sich auch die Ausgaben vermindern.

Landeshauptmann v. Wilmsdorf: Die überflüssigen sind förmlich bei den Anhalten erledigt worden, also kann von einer luxuriösen Verwaltung dort nicht die Rede sein. Ferner ist es das Bestreben der Verwaltung, bei den Resten zu sparen.

Abg. Gerlach spricht zu den Vorschlägen der Vorredner. Der Etat wird einer Kommission überwiesen. Die Vorlage betr. der Etatsüberstellungen wird der Etatskommission überwiesen.

3. Nachzahlung des erhöhten Wohnungsgeldzuschusses an die Provinzialbeamten für das Rechnungsjahr 19 8. Abg. Graf Hue de Grais spricht gegen die Nachbewilligung. Auch könnte keine Kreisprüfung der Beamten für vordringend erachtet werden. (Bravo.)

Landeshauptmann Freiherr v. Wilmsdorf: Ein Einlass ist doch die Sache nicht. Aus den Besoldungsgrundlagen geht hervor, daß die Beamten doch ein Recht auf die Nachzahlung haben. Ich bitte um Genehmigung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

4. Bericht der für die Bezeichnung aus- wärtiger Wanderarbeitssachen eingesetzten Kommission. Der Berichterstatter Abg. Wadewitz empfiehlt auf Grund des Berichts der Frage der Einführung von Wanderarbeitssachen für die Provinz näherzutreten, dies umso mehr, als die Wanderarbeitssachen von Land, Industrie und Landwirtschaft zum Vorteil gereichen.

Der Landtag beschließt, den Provinzial-Ausschuß zu ersuchen, eine entsprechende Vorlage sofort einzubringen. Die Anträge betr. des neuen Tarifs der von den preussischen Annoncenbüchern zu erhaltenden Annoncenstellen und die Errichtung einer Annoncenstellenkasse für den Provinzial-Verband der Provinz Sachsen werden ohne Besprechung besonderer Kommissionen überlassen.

Die Vorlage betr. ländliche Fortbildungsschulen und Unterstützung von Lehrkräften für Lehrer ländlicher Fortbildungsschulen wird von einem Landesrat näher begründet und warm bekräftigt. Abg. v. Wadewitz berichtet über die Vorlage und erörtert eingehend die Bedeutung der Landfortbildungsschulen. Im Interesse der Hebung der Volksbildung, zur Befestigung der sittlichen Zuchtigkeit der aus der Volksschule entlassenen ländlichen Jugend und zur Erhöhung der Berufstätigkeit ist die Annahme der Vorlage in hohem Grade wünschenswert. Mit der Schulpolitik soll der jetzt häufigen Unzulässigkeit vorgebeugt werden, ebenso erwartet man von der Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen, daß die Jugend vor sozialdemokratischen Einflüssen bewahrt wird. Er bittet dringend, einmütig dem Antrage zuzustimmen.

Oberpräsident v. Oetere-Schlössingen: Die Vorlage ist einmütig angenommen. Die Vorlage betr. der ländlichen Fortbildungsschulen wird von einem Landesrat näher begründet und warm bekräftigt. Abg. v. Wadewitz berichtet über die Vorlage und erörtert eingehend die Bedeutung der Landfortbildungsschulen. Im Interesse der Hebung der Volksbildung, zur Befestigung der sittlichen Zuchtigkeit der aus der Volksschule entlassenen ländlichen Jugend und zur Erhöhung der Berufstätigkeit ist die Annahme der Vorlage in hohem Grade wünschenswert. Mit der Schulpolitik soll der jetzt häufigen Unzulässigkeit vorgebeugt werden, ebenso erwartet man von der Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen, daß die Jugend vor sozialdemokratischen Einflüssen bewahrt wird. Er bittet dringend, einmütig dem Antrage zuzustimmen.

Oberpräsident v. Oetere-Schlössingen: Die Vorlage ist einmütig angenommen. Die Vorlage betr. der ländlichen Fortbildungsschulen wird von einem Landesrat näher begründet und warm bekräftigt. Abg. v. Wadewitz berichtet über die Vorlage und erörtert eingehend die Bedeutung der Landfortbildungsschulen. Im Interesse der Hebung der Volksbildung, zur Befestigung der sittlichen Zuchtigkeit der aus der Volksschule entlassenen ländlichen Jugend und zur Erhöhung der Berufstätigkeit ist die Annahme der Vorlage in hohem Grade wünschenswert. Mit der Schulpolitik soll der jetzt häufigen Unzulässigkeit vorgebeugt werden, ebenso erwartet man von der Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen, daß die Jugend vor sozialdemokratischen Einflüssen bewahrt wird. Er bittet dringend, einmütig dem Antrage zuzustimmen.

Die Vorlage betr. der ländlichen Fortbildungsschulen wird von einem Landesrat näher begründet und warm bekräftigt. Abg. v. Wadewitz berichtet über die Vorlage und erörtert eingehend die Bedeutung der Landfortbildungsschulen. Im Interesse der Hebung der Volksbildung, zur Befestigung der sittlichen Zuchtigkeit der aus der Volksschule entlassenen ländlichen Jugend und zur Erhöhung der Berufstätigkeit ist die Annahme der Vorlage in hohem Grade wünschenswert. Mit der Schulpolitik soll der jetzt häufigen Unzulässigkeit vorgebeugt werden, ebenso erwartet man von der Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen, daß die Jugend vor sozialdemokratischen Einflüssen bewahrt wird. Er bittet dringend, einmütig dem Antrage zuzustimmen.

Die Vorlage betr. der ländlichen Fortbildungsschulen wird von einem Landesrat näher begründet und warm bekräftigt. Abg. v. Wadewitz berichtet über die Vorlage und erörtert eingehend die Bedeutung der Landfortbildungsschulen. Im Interesse der Hebung der Volksbildung, zur Befestigung der sittlichen Zuchtigkeit der aus der Volksschule entlassenen ländlichen Jugend und zur Erhöhung der Berufstätigkeit ist die Annahme der Vorlage in hohem Grade wünschenswert. Mit der Schulpolitik soll der jetzt häufigen Unzulässigkeit vorgebeugt werden, ebenso erwartet man von der Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen, daß die Jugend vor sozialdemokratischen Einflüssen bewahrt wird. Er bittet dringend, einmütig dem Antrage zuzustimmen.

Die Vorlage betr. der ländlichen Fortbildungsschulen wird von einem Landesrat näher begründet und warm bekräftigt. Abg. v. Wadewitz berichtet über die Vorlage und erörtert eingehend die Bedeutung der Landfortbildungsschulen. Im Interesse der Hebung der Volksbildung, zur Befestigung der sittlichen Zuchtigkeit der aus der Volksschule entlassenen ländlichen Jugend und zur Erhöhung der Berufstätigkeit ist die Annahme der Vorlage in hohem Grade wünschenswert. Mit der Schulpolitik soll der jetzt häufigen Unzulässigkeit vorgebeugt werden, ebenso erwartet man von der Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen, daß die Jugend vor sozialdemokratischen Einflüssen bewahrt wird. Er bittet dringend, einmütig dem Antrage zuzustimmen.

Die Vorlage betr. der ländlichen Fortbildungsschulen wird von einem Landesrat näher begründet und warm bekräftigt. Abg. v. Wadewitz berichtet über die Vorlage und erörtert eingehend die Bedeutung der Landfortbildungsschulen. Im Interesse der Hebung der Volksbildung, zur Befestigung der sittlichen Zuchtigkeit der aus der Volksschule entlassenen ländlichen Jugend und zur Erhöhung der Berufstätigkeit ist die Annahme der Vorlage in hohem Grade wünschenswert. Mit der Schulpolitik soll der jetzt häufigen Unzulässigkeit vorgebeugt werden, ebenso erwartet man von der Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen, daß die Jugend vor sozialdemokratischen Einflüssen bewahrt wird. Er bittet dringend, einmütig dem Antrage zuzustimmen.

Die Vorlage betr. der ländlichen Fortbildungsschulen wird von einem Landesrat näher begründet und warm bekräftigt. Abg. v. Wadewitz berichtet über die Vorlage und erörtert eingehend die Bedeutung der Landfortbildungsschulen. Im Interesse der Hebung der Volksbildung, zur Befestigung der sittlichen Zuchtigkeit der aus der Volksschule entlassenen ländlichen Jugend und zur Erhöhung der Berufstätigkeit ist die Annahme der Vorlage in hohem Grade wünschenswert. Mit der Schulpolitik soll der jetzt häufigen Unzulässigkeit vorgebeugt werden, ebenso erwartet man von der Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen, daß die Jugend vor sozialdemokratischen Einflüssen bewahrt wird. Er bittet dringend, einmütig dem Antrage zuzustimmen.

Die Vorlage betr. der ländlichen Fortbildungsschulen wird von einem Landesrat näher begründet und warm bekräftigt. Abg. v. Wadewitz berichtet über die Vorlage und erörtert eingehend die Bedeutung der Landfortbildungsschulen. Im Interesse der Hebung der Volksbildung, zur Befestigung der sittlichen Zuchtigkeit der aus der Volksschule entlassenen ländlichen Jugend und zur Erhöhung der Berufstätigkeit ist die Annahme der Vorlage in hohem Grade wünschenswert. Mit der Schulpolitik soll der jetzt häufigen Unzulässigkeit vorgebeugt werden, ebenso erwartet man von der Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen, daß die Jugend vor sozialdemokratischen Einflüssen bewahrt wird. Er bittet dringend, einmütig dem Antrage zuzustimmen.

Die Vorlage betr. der ländlichen Fortbildungsschulen wird von einem Landesrat näher begründet und warm bekräftigt. Abg. v. Wadewitz berichtet über die Vorlage und erörtert eingehend die Bedeutung der Landfortbildungsschulen. Im Interesse der Hebung der Volksbildung, zur Befestigung der sittlichen Zuchtigkeit der aus der Volksschule entlassenen ländlichen Jugend und zur Erhöhung der Berufstätigkeit ist die Annahme der Vorlage in hohem Grade wünschenswert. Mit der Schulpolitik soll der jetzt häufigen Unzulässigkeit vorgebeugt werden, ebenso erwartet man von der Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen, daß die Jugend vor sozialdemokratischen Einflüssen bewahrt wird. Er bittet dringend, einmütig dem Antrage zuzustimmen.

Die Vorlage betr. der ländlichen Fortbildungsschulen wird von einem Landesrat näher begründet und warm bekräftigt. Abg. v. Wadewitz berichtet über die Vorlage und erörtert eingehend die Bedeutung der Landfortbildungsschulen. Im Interesse der Hebung der Volksbildung, zur Befestigung der sittlichen Zuchtigkeit der aus der Volksschule entlassenen ländlichen Jugend und zur Erhöhung der Berufstätigkeit ist die Annahme der Vorlage in hohem Grade wünschenswert. Mit der Schulpolitik soll der jetzt häufigen Unzulässigkeit vorgebeugt werden, ebenso erwartet man von der Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen, daß die Jugend vor sozialdemokratischen Einflüssen bewahrt wird. Er bittet dringend, einmütig dem Antrage zuzustimmen.

Die Vorlage betr. der ländlichen Fortbildungsschulen wird von einem Landesrat näher begründet und warm bekräftigt. Abg. v. Wadewitz berichtet über die Vorlage und erörtert eingehend die Bedeutung der Landfortbildungsschulen. Im Interesse der Hebung der Volksbildung, zur Befestigung der sittlichen Zuchtigkeit der aus der Volksschule entlassenen ländlichen Jugend und zur Erhöhung der Berufstätigkeit ist die Annahme der Vorlage in hohem Grade wünschenswert. Mit der Schulpolitik soll der jetzt häufigen Unzulässigkeit vorgebeugt werden, ebenso erwartet man von der Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen, daß die Jugend vor sozialdemokratischen Einflüssen bewahrt wird. Er bittet dringend, einmütig dem Antrage zuzustimmen.

Die Vorlage betr. der ländlichen Fortbildungsschulen wird von einem Landesrat näher begründet und warm bekräftigt. Abg. v. Wadewitz berichtet über die Vorlage und erörtert eingehend die Bedeutung der Landfortbildungsschulen. Im Interesse der Hebung der Volksbildung, zur Befestigung der sittlichen Zuchtigkeit der aus der Volksschule entlassenen ländlichen Jugend und zur Erhöhung der Berufstätigkeit ist die Annahme der Vorlage in hohem Grade wünschenswert. Mit der Schulpolitik soll der jetzt häufigen Unzulässigkeit vorgebeugt werden, ebenso erwartet man von der Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen, daß die Jugend vor sozialdemokratischen Einflüssen bewahrt wird. Er bittet dringend, einmütig dem Antrage zuzustimmen.

Die Vorlage betr. der ländlichen Fortbildungsschulen wird von einem Landesrat näher begründet und warm bekräftigt. Abg. v. Wadewitz berichtet über die Vorlage und erörtert eingehend die Bedeutung der Landfortbildungsschulen. Im Interesse der Hebung der Volksbildung, zur Befestigung der sittlichen Zuchtigkeit der aus der Volksschule entlassenen ländlichen Jugend und zur Erhöhung der Berufstätigkeit ist die Annahme der Vorlage in hohem Grade wünschenswert. Mit der Schulpolitik soll der jetzt häufigen Unzulässigkeit vorgebeugt werden, ebenso erwartet man von der Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen, daß die Jugend vor sozialdemokratischen Einflüssen bewahrt wird. Er bittet dringend, einmütig dem Antrage zuzustimmen.

Die Vorlage betr. der ländlichen Fortbildungsschulen wird von einem Landesrat näher begründet und warm bekräftigt. Abg. v. Wadewitz berichtet über die Vorlage und erörtert eingehend die Bedeutung der Landfortbildungsschulen. Im Interesse der Hebung der Volksbildung, zur Befestigung der sittlichen Zuchtigkeit der aus der Volksschule entlassenen ländlichen Jugend und zur Erhöhung der Berufstätigkeit ist die Annahme der Vorlage in hohem Grade wünschenswert. Mit der Schulpolitik soll der jetzt häufigen Unzulässigkeit vorgebeugt werden, ebenso erwartet man von der Einführung der ländlichen Fortbildungsschulen, daß die Jugend vor sozialdemokratischen Einflüssen bewahrt wird. Er bittet dringend, einmütig dem Antrage zuzustimmen.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

Abg. v. Oetere-Schlössingen: Er ist ebenfalls für Ablehnung der Nachbewilligung.

geeigneten Orten in den Anlagen wieder Verwendung finden. Auch einige Denkmäler müssen verlegt werden, weshalb der Rat beschlossen hat, aus dem Eisenbahn-Denkmal, dem Hartorf-Denkmal und einem als Gegenstück zum Hartorf-Denkmal hinzuzuführenden Friedrich-Lieth-Denkmal eine Denkmalgruppe zu schaffen, die gegenüber dem jetzigen Dresdener Bahnhof in den Anlagen Platz finden soll. Die Kosten der ganzen Umgestaltung betragen fast 2 1/2 Millionen Mark. Hiervon entfallen auf die Straßenbahngesellschaften 340 000 Mark, so daß die Stadt noch eine Kostensumme von ca. 2 150 000 Mark zu tragen hat.

† Eisleben, 7. März. In Eislers Leich wurden gestern vormittag ein etwa 13 jähriges Mädchen und ein zehnjähriger Knabe tot aufgefunden. Da die Kinder bisher bei der Polizei nicht requiriert worden waren, scheint es sich um auswärtige Kinder zu handeln. — Später erfahren wir noch aus Eisleben, 8. März: Heute morgen ist auch noch die Mutter der beiden gesunden im Eislerischen Leiche aufgefundenen Kinder aus dem Wasser gezogen worden. Es handelt sich, wie sich jetzt herausgestellt hat, um die Frau und die Kinder des Hüttenmanns Vormschieu aus Wimmelburg. Die Beweggründe zu der Tat sind unbekannt.

† Halberstadt, 8. März. Gehalts-erhöhungen der Magistratsmitglieder wurden in der letzten geheimen Sitzung der Stadteordneten genehmigt. Danach wurde das Gehalt des Oberbürgermeisters um 1000 Mk., das des zweiten Bürgermeisters und der Stadträte um 500 Mk. erhöht.

† Zerbst, 6. März. Der Feldwebel Schoyone von hiergen 6. Kompagnie des 93. Inf.-Regts. hat sich vorgestern aus unbekanntem Grunde erschossen.

† Gärten, 7. März. In einem Strohdiemen am Sälze Stall wurde eine unbekannte männliche Leiche aufgefunden, die dort bereits 2 Wochen lang gelegen haben muß. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß der Tod infolge Verbrennung und Erfrierens eingetreten war. Es handelt sich um einen galizischen Arbeiter.

† Heiligenstadt, 8. März. Eine neue anonyme Schimpfchrift haben zahlreiche hiesige Einwohner erhalten. Diese neueste Flugchrift strotzt von persönlichen Beschimpfungen. Zwei im öffentlichen Leben stehende hiesige Personen werden in ihrer Berufschäre aus schwerer angegriffen. Die Schimpfchrift enthält die ungeschwätlichsten Behauptungen und ist gespickt mit den härtesten Insulten. Die Beteiligten setzen in einem Zeitungsinserat 500 Mark Belohnung für die Ermittlung des oder der Urheber der Schmähschrift aus.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 8. März 1910.

** Ernennung. Der Regierungsassessor Boll hier ist zum stellvertretenden Vorsitzenden des Schiedsgerichtes für Arbeiter-Versicherung im Regierungsbezirk Merseburg ernannt und der Regierungsassessor Dr. Pöfe von diesem Amte entbunden worden.

** Sein fünfzigjähriges Bürgerjubiläum feierte heute der frühere Fleischermeister, jetzige Rentner Herr Andreas Hartrod hier. Vom Magistrat wurde derselbe in der üblichen Weise beglückwünscht, aber auch weitere Kreise unserer Bürgerschaft werden dem warmherzigen Jubilar, der im Stillen manchem zum Wahrheitsler und Retter in der Not geworden ist, heute aufrichtige Gratulationen darbringen, denen wir uns hiermit anschließen.

** Zur Konfirmation. Man schreibt uns: Vorbereitungen zur Konfirmation werden in diesen Tagen wieder in ungezählten evangelischen Häusern getroffen. Von allen christlichen Handlungen ist wohl keine so volkstümlich geworden, wie die Konfirmation. Es gibt auch kaum einen rührenderen Anblick, als die jungen Menschenkinder in Begleitung ihrer Eltern zu dem feierlichen Akte nach dem Gottesdienste schreiten zu sehen. Je schlichter und je einfacher dies geschieht, desto heilsamer für das Kind. Wenn auch das Fest der Konfirmation ein festliches ist, so sollte doch jeglicher Prunk und unnützer Aufwand vermieden werden. Die Bedeutung und der Ernst des Tages muß auch der Feier den Stempel aufdrücken. Schreien doch die allerwertigsten Konfirmanten auf die Schulbank zurück; für die meisten heißt es: hinaus ins Leben, hinaus in die Welt. Wenn bis dahin das Vater- und Mutterauge liebevoll auf den Kindern ruhte, so müssen jetzt viele den Weg allein gehen. Nur die guten Wünsche der Eltern, Freunde und Verwandten begleiten sie. Wird die sorgfältig angewendete Erziehung gute Früchte tragen, wird das junge Bäumchen sich zu einem kräftigen Baum des Stämmens des Lebens treuenden Baume entfalten? Das sind die Fragen, die die Herzen von Vater und Mutter am Tage der Konfirmation bewegen. Wahrlich, sie ist ein bedeutender Wendepunkt im Leben des Kindes. Verständige Eltern, die selbst die rauen Seiten des irdischen Daseins kennen gelernt haben, werden es auch nicht unterlassen, die Bedeutung des

Tages den Kindern vor Augen zu halten; sie werden alles äußerliche, das die Feier der Konfirmation nur einmal mit sich bringt, in den Hintergrund drängen. Ein Kind, das im Elternhause Einfachheit und Anspruchslosigkeit lernen gelernt hat, wird den Kampf des Lebens viel leichter bestehen können, als ein verwöhntes und gemüßwilligtes. Leider ist die Nachahmungslust in unserer Zeit stark verbreitet. Weil es die und die so und so machen, glauben viele, es ebenso halten zu müssen. Man legt sich einem Zwang auf, gegen den sich das innere Gefühl sträubt. So kommt es, daß bei der heranwachsenden Jugend an Stelle der Einfachheit und Natürlichkeit so oft Geziertheit und Großtuererei tritt. Dabei braucht unsere Zeit mehr denn je feste Charaktere und starke Persönlichkeiten, die wissen, was sie wollen, zum Segen der Gesellschaft und zum Heil des Vaterlandes. Möchten viele in diesem Sinne ihre Vorbereitungen zur Konfirmation treffen.

** Warum fällt das Osterfest so zeitig? Diese Frage zu beantworten, wird sehr, wo von vielen Orten, namentlich auch von Schulmännern, danach gestrebt wird, das Osterfest auf einen feststehenden Tag zu verlegen, manchem willkommen sein. Ostern wird nach den gegenwärtigen Bestimmungen immer am Sonntag nach dem Frühlingsmond und wenn dieser selbst auf einen Sonntag trifft, an dem nächstfolgenden gefeiert. Unter Frühlingsmond aber versteht man denjenigen, der entweder auf oder zunächst nach dem zum Behuf dieses Osterberechnung auf den 21. März feststehend angenommenen Frühlingsanfang fällt; das trifft dieses Jahr auf Freitag, den 25. März, mithin haben wir das diesjährige Osterfest sehr zeitig bereits am 27. bezw. 28. März, das jübliche Osterfest — Passah — fällt gewöhnlich in die Karwoche, jedoch nie vor dem 26. März und nie nach dem 25. April gregorianischen Stils, während das christliche Osterfest zwischen 22. März und 25. April fallen muß.

** Die neue Mittelschule Preußens, wie sie Kultusminister Trost zu Solz in hohen erlassenen neuen Bestimmungen anstrebt, dürfte in Hinsicht mancher Vorteile dem Ideal vieler Eltern entsprechen. Mit der Volksschule soll die Mittelschule die Unterstufe gemeinsam haben, damit befähigte Kinder der Volksschule ohne besondere Schwierigkeiten in die Mittelschule überspringen können. Für die Eltern solcher Kinder kann allerdings das für die Mittelschule zu entrichtende Schulgeld eine Last werden. Bei jeder Mittelschule wird jedoch eine angemessene Zahl von Freistellen eingerichtet werden. Wo die erforderliche Zahl von Schülern und Schülerinnen nicht vorhanden ist, um nach Geschlechtern getrennte Mittelschulen zu bilden, ist es gestattet Knaben und Mädchen zu vereinigen.

** Zur Wiederherstellung der Kirche St. Thomae (Neumarktstraße) hier sind im Haushalteplan der Provinz Sachsen, der jetzt dem Provinzial-Landtage zur Genehmigung vorliegt, 5000 Mark als einmaliger Beitrag eingestellt worden. Die Begründung lautet wie folgt: Die altehrwürdige, um das Jahr 1180 errichtete Kirche St. Thomae in Merseburg bedarf dringend einer durchgreifenden Wiederherstellung. Die Gesamtkosten sind auf 40 510 Mk. veranschlagt, wovon 10 050 Mk. der Fiskus als Patron beiträgt; 5000 Mk. hat die Gemeinde übernommen und 1500 Mk. steuert die Provinzialhypotheke bei, so daß noch 23 960 Mk. zu beschaffen sind. Die Bewilligung einer Baubehilfe aus dem Allerhöchsten Dispositionsfonds ist davon abhängig gemacht worden, daß auch die Provinz ihr Interesse an der Erhaltung des alten wertvollen Denkmals durch einen angemessenen Beitrag bekundet. — An der Bewilligung des Beitrages durch den Landtag dürfte nicht zu zweifeln sein. Sobald auch die Baubehilfe aus dem Allerhöchsten Dispositionsfonds genehmigt ist, werden die Wiederherstellungsarbeiten an der Kirche in Angriff genommen.

** Verkehrs-Verein für Merseburg und Umgegend, e. V. In der am Montagabend statt gefundenen Vorstandssitzung wurde zunächst die Verteilung der Anteile vorgenommen und zwar folgendermaßen: 1. Vorsitzender Stadtrat Lohse, stellv. Vorsitzender Rechtsanwält Dr. Rademacher, Kassierer Bankdirektor Bauer, stellv. Kassierer Mühlenscheider Feberer, Schriftführer Kaufmann Dobkowitz, 1. stellv. Schriftführer Kaufmann Leberl, 2. stellv. Schriftführer Fabrikbesitzer Engel, Beisitzer: Stadtrat Berger, Fabrikbesitzer Blande, Bergwerksdirektor Gebhardt, Maurermeister Günther jun., Bergwerksdirektor Kriebitz. Von dem Magistrat der Stadt Halle ist auf das Ersuchen des Vorstandes, am Riebeckplatz in der Nähe der Endstation der elektrischen Straßenbahn Merseburg-Halle eine Wohnisolation zu errichten, ein abtlennder Bescheid eingegangen; es soll nochmals bei dieser Behörde angefragt werden. Betreffs des Antrages des Gartenbau-Vereins wegen besserer Ausräumung der Vorgärten, Volkens usw. wird der Vorsitzende beauftragt, sich mit den Vorständen des Verschönerungs-Vereins, Hausbesitzer-Vereins und Gartenbau-Vereins demnächst in Verbindung zu setzen. Der Iobson von der Königlich Eisenbahn-Direktion Halle eingegangene Fahrplänenverträge, gültig vom

1. Mai 1910 ab, wurde einer eingehenden Durchsicht unterzogen und beschlossen, zu erwirken, daß der Zug Nr. 2068 mittags nach Mücheln von 1 Uhr 40 Min. auf 2 Uhr 10 Min. verlegt wird, da dies im Interesse der in Merseburg wohnenden Angestellten der Betriebe im Geselstal liegt, fernher soll euent. eine bessere Verbindung mit Leipzig über Corbetta angestrebt werden. Der Fahrplänenverträge liegt bis 12. d. M. im Kontor des Vorstehenden zur Einsicht aus und werden dieselbst angebrachte begründete Wünsche gern bekräftigt weiter gegeben. Wegen der Errichtung einer elektrischen Bahnverbindung Merseburg—Mücheln wurden wichtige Beschlüsse gefaßt, welche aber erst nach Ausführung veröffentlicht werden können.

** Der Familienabend des Reichlichen Vereins St. Maximilian und ganz das Gepräge einer Gedächtnisfeier für Ernst Moritz Arndt, den unerschrockenen Gefessteden der Freiheitskriege, dessen fünfzigjährigen Todestag das deutsche Volk am 29. Januar d. J. in stiller Erinnerung begeht. Das Hauptinteresse des recht gut besuchten Abends bot der von Herrn Pastor Schöllmeyer gehaltenen Vortrag über „Ernst Moritz Arndt, noch immer das gute, alte, deutsche Gewissen“. Mit Vorausschickung geschichtlichen Materials über die zur Zeit von Napoleons Welt Herrschaft in unserm Vaterlande vorhandenen politischen Verhältnisse, die Erniedrigung Preußens und seine Erhebung in den Befreiungskriegen zeichnete der Vortragende dann in trefflichen Worten das Lebensbild des Freiheitsdichters, der es mit Theodor Körner, May v. Schenkenhoff u. a. verstanden hat, durch seine glänzende Begeisterung und Vaterlandsliebe amenden Worte und Schriften Preußens Stimme zur Erhebung und Befreiung von fremdem Joch zu bringen. Im zweiten Teile seines Vortrages behandelte Redner dann Arndts ferneres Wirken zu Fuß und Frommen des Vaterlandes bis an sein Lebensende. Mehrere Deklamationen Arndtscher Gedichte sowie Gedächtnisvorträge eines Mannes und Mädchens des beschriebenen Familienabends und machten die Feier, die gegen 11 Uhr ihre Ende erreichte, zu einer wohlgegangenen.

** Neues Kreisfest des 13. Kreises (Thüringen) der Deutschen Turnervereine in Halle o. S. 1910. Die Turnervereine Thüringens rufen sich auf das Kreisfest, welches in diesem Jahre vom 9. bis 12. Juli in den Mauern der Stadt Halle gefeiert wird. Sämtliche 11 Vereine der Stadt sind seit langem einträglich bemüht, das Fest zu einem großartigen zu gestalten. Ein prächtiger Festplatz unmittelbar vor den Toren — der Erziehungspfad der Bäder — ist den Turnern zur Verfügung gestellt. Eine große Festhalle (80 × 38 Meter), die 500 Personen fassen wird, ist schon im Bau begriffen. Außerdem werden Räume für ein Speisegemach, ein Theater, eine große Bühne im Freien für Sonderaufführungen und ein Tanzplatz gebaut. Die Beleuchtung des Festplatzes erfolgt durch elektrisches Licht, erforderlich sind 32 Vogel-Lampen, außer der Innenbeleuchtung der Halle, die Sache des Bemitteltesten ist. Der Turnplatz wird mit zahlreichen Turngeräten ausgestattet, welche von einer Turngesellschaft unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Am Sonnabend den 9. Juli findet Empfang der auswärtigen Turner sowie ein großer Festabend in der Halle statt. Sonntag früh 6 Uhr: Beginn des Schachspiels und Spiele; nachmittags: großer Festzug durch die Stadt, allgemeine Freiübungen, Sonderaufführungen der Gane, Mustererturnen und Spiele. Montag: Volkstümliches Turnen (Königsfest), Turnen der Schulen usw.; abends: Siegerehrung. Der 13. Turnkreis Thüringens ist in den letzten Jahren gewaltig gewachsen. Die Zahl der Vereine ist auf 1000 gestiegen mit rund 80 000 Mitgliedern. Da die Festhalle Halle inbezug auf gute Bahnverbindung für den Kreis günstig liegt, wird die Beteiligung von Seiten der Turner zu dem Feste eine sehr große sein.

** Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die vor einigen Tagen über den Selbstmord des früheren Supernumerars H. gebrauchte Behauptung nicht auf Wahrheit beruht. H. befindet sich bei bestem Wohlbefinden noch in der Reichshauptstadt; die Selbstmordgeschichte dürfte möglicherweise einer Verwechslung ihre Entstehung verdanken.

Aus dem Merseburger und benachbarten Kreisen

Sachsen, 7. März. Dem Volksschulensprecher Karl Pasch in Zeitzern ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

v. Dölling, 8. März. Am Montag fand die Anweisung der neuen WOC Schützen statt; von den Eltern werden wurden 63 Kinder, welche das schulpflichtige Alter hatten, angemeldet. In diesem Jahre werden 52 Kinder konfirmiert, darunter 28 Knaben und 24 Mädchen, jedoch im neuen Schuljahre die hiesige Volksschule von 444 Kindern besucht wird, gegen 433 im Vorjahre. Diese 444 Kinder verteilen sich auf 7 Klassen, von denen die letzte die Hälfte mit 78 Kindern sein wird. v. Burglebenau, 7. März. Unter dem Vorhitz des Vorreiters Wahrenmeier-Schönfeld fand am Sonnabend in GutsMuths des Herrn Jungs hiesi die Veranstaltung der gefallenenen Jäger statt. Zahlreiche Vertreter von Soldaten und Holzarbeiter waren hierzu erschienen, jedoch sich bald in lebhafte und flottes Wettschlag entwickelte. Hingeholt war sehr beliebt und wurde daher teuer bezahlt. Die Laxe, die nach Annullität der Hölzer feigertelt war, wurde daher über die Hölzer und Hölzer um 50, im Preis und noch weit höher überboten und abgemacht an den Mann. Bei Hölzer wurde der Feigertelt bis 100 Mark und noch höher und bei Hölzer bis 72 Mark bezahlt. Eine Laxe mit 7 1/2 Feigertelt und 111 Feigertelt Durchmesser kostete bei einem Logwert von 420 Mt. 766 Mt. Nach Zwischen kamen die aufgetaufte Hölzer. Epigen wurden ebenfalls gern gekauft und kosteten oft über den

Zagwert. Auch für Brennholz gab es zahlreiche Kaufverträge, so daß auch hier der Kaufpreis die Tage von 5,50 Mark pro Raummeter abfiel, 5 Mark pro Raummeter Rollen und 4,80 Mark pro Spanen abfiel über die Hälfte. Nur alte Viehschlachten waren unter Zagwert vorhanden. In Freyburg, 7. März. Am Sonntag fand im hiesigen Amtsgerichtsgebäude die erste Gläubiger-Versammlung im Konkurs über die Brauerei statt. Bureauvorsteher Kühn gab zunächst den Bericht des Kontrollermeisters und eine allgemeine Übersicht. Die Unterbilanz werde sich wohl auf 160.000 Mark belaufen. Es sei möglich, daß bis zu 10 Prozent der Forderungen noch laufe. Die noch mancher Prozeß entschieden, nicht um Arbeit befreit werden könne. Betreffs der Fortführung des Weingeschäfts wird beschlossen, dieses bis zur endgültigen Regelung weiter zu betreiben, doch soll immer auf Auflösung hingewirkt werden. Nun folgte die Vereile der Schuldposten. Es war eine lange Reihe mit zum Teil hohen Posten. So beträgt ein Raumburger Banksum 20.000 Mark, eine Weinstamma in Reustadt a. d. Harz 17.000 Mark, der Vauquar Bankverein 10.000 Mark, der Freyburger Vorposten Verein 15.000 Mark, und 14.000 Mark. Doch sind diese letzteren Forderungen wohl größtenteils durch Hypotheken gedeckt. Am meisten zu bedauern sind die Verwandten der Brauerei, die dem bedrängten Brauereibesitzer mit Beträgen von über 400.000 Mark beistehen. Einzelne Verwandte verlieren ihre Vermögen. Man kann nicht anders, als es offen auszusprechen, daß der Richter der Brauerei Kontars mit seinen bedauerlichen Einzelheiten das ganze Kreditwesen Freyburgs auf das schwerste schädigt. Es wird einer langen Jahresreihe fleißiger Arbeit bedürfen, diesen Schaden sowohl in wirtschaftlicher wie in moralischer Hinsicht wieder auszugleichen. Zwei von Gläubigern haben schon gelitten. — Nun ist auch über das Vermögen der Frau Marie Brohmer geb. Heydenreich hier das Konkursverfahren eröffnet worden.

Wetterwarte.

Vorauswöchentliches Wetter am 9. März: Stellenweise neblig, bedeckt, vorwiegend heiter, Nachtfrost und Reis, Tag mild. — 10. März: Frost, teils neblig, bedeckt, teils heiter, Nachtfrost und Reis, Tag milde.

Gerichtsverhandlungen.

Merseburg, 5. März. (Schöffengericht) In der letzten Sitzung gelangten folgende Strafsachen zur Verhandlung: Der Arbeiter Wilhelm L. aus Mücheln und der Müllermeister Wilhelm G. aus Pölskau, beide 3. St. hier in Untersuchungshaft wegen Betrugs, erlitten wegen ihrer Überzeugung 1 1/2 Wochen Haft; auch wurde auf Überweisung an die Landespolizei erkannt. — Der Fleischer Albert M. der Blattenform Albert G. und der Arbeiter Richard F., sämtlich aus Pörsitz, haben am 26. Dez. v. J. in Pörsitz den Eisenbahnarbeiter Gustav Froch aus Schleitzheim gemeinschaftlich mißhandelt. Es wurden deshalb befristet M. als Haupttäter mit 40 Wk., G. 8 Zagen Gefängnis, und F. mit 10 Wk., ev. 6 Zagen Gefängnis. — Die Dienstmagd Frieda Z. und Ernst F. haben im Juli 1909 ohne rechtmäßigen Grund ihren Dienstherrn Landrat Paul Göge in Kapfenbrunn verstoßen, weshalb sie mit 6 Wk. ev. 2 Zagen Haft befristet wurden. — Der Schneider Georg K. von hier hatte in den letzten Monaten seine 2 minderjährigen Kinder nicht mehr ernährt, so daß die Stadt Merseburg der Familie Winter-Unterstützung gewähren mußte. Die gedrückte Unterstüßung hatte K. jedoch vor dem heutigen Termine zurückgezogen, was strafmildernd für ihn in Betracht gezogen wurde. Die Strafe setzte das Gericht auf 3 Wk. ev. 1 Tag Haft fest. — Der Arbeiter Franz R. und Gustav St. in Merseburg und der Bauarbeiter Gustav Z. in Köpchen sollten im Juli

1909 in Hensdorf den Schneidernstr. Schön unter Vorpiegelung falscher und Unterdrückung mehrerer Tatfachen zur Vergabe eines Forderlohn in Höhe von 3 Wk. verurteilt. K. außerdem im September 1909 in Hensdorf dem Wirtmeister Paul Baummann aus Merseburg 100 Mark in Betrage von 2 Wk. entwendet haben. Nach dem Zeugnis des Schön konnte der Betrag aber nicht nachgewiesen werden, so daß Freisprechung der drei Angeklagten erfolgen mußte. Dagegen wurde K. wegen des Diebstahls der Farben mit 2 Zagen Gefängnis befristet.

Hausburg, 5. März. Das Schöngericht verurteilte den Bauern Johann Pader, der während des vorjährigen Entenraubs seine Geliebte erdrosselt hatte, zum Tode.

Frankfurt a. M., 5. März. Der Pastor Johann Bauer, der in der Nacht zum 18. Februar beiden Straßenfundgebungen zweimal auf Schulstühle geschossen hat, ist von der Strafkammer wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Vermischtes.

Das Nachspiel der Allensteiner Offiziers- (tragödie). Die Verlobte Frau v. Schönebeck, jetzige Frau Weber, erlitt wegen Flußertränkchens. Der Berliner Anwalt der Verlobten, Justizrat Bronser, hat Haftentlassung gegen Stellung einer Kaution beantragt. Die Befreiung der Höhe der Kaution soll dem Gericht überlassen bleiben. Die Angehörigen der Frau v. Schönebeck haben sich bereit erklärt, eine Kaution bis zur Höhe von 100.000 Mark sofort vor zu legen. Der Antrag auf Haftentlassung führte sich auf das Watachen zweier Ärzte, daß Frau v. Schönebeck krank ist und daß eine neuerliche Untersuchung noch weiter schädigend auf ihre Gesundheit einwirken würde. Bei ihrer ersten Untersuchungshaft in Allenstein hatten sich bei Frau v. Schönebeck Wahnvorstellungen in beiden Weinen gezeigt. Als ihr Freitag ihre neuerliche Verhaftung anmündigt wurde, hatten sie hysterische Krampfanfälle. Kriminalbeamte mußten zu einem Arzt und nach der Apotheke eilen, um Morphium zu holen. Nach einigen Morphium-Einspritzungen konnte Frau v. Schönebeck Weber nach dem Zeugnis des Charlottenburger Amtsgerichts gebracht werden, wo sie so lange verbleiben wird, bis entweder ihr Haftentlassungsgehalt bewilligt, oder die Überführung in das Allensteiner Gefängnis angeordnet werden wird. Frau v. Schönebeck war in den letzten Tagen gerade im Begriff, sich gemeinsam mit ihrem Manne, dem Schriftsteller A. D. Weber, eine neue Wohnung einzurichten. Sie hatte in der Gartenbergstraße in Berlin eine Wohnung zum Preise von 2700 Mk. jährlich gemietet, ihre alten Möbel aus Allenstein kommen lassen, neue eingekauft und bereits Dienstpersonal engagiert. In den nächsten Tagen wollte sie die Besichtigung in der Gochstraße, wo sie bisher wohnte, verlassen und in die eigene Wohnung übersiedeln. Damit wollte sie beweisen, daß sie nicht an eine Flucht denke.

(Die Pariser Fahrkutscharbeiter) haben in einer am Freitagabend abgehaltenen Versammlung den Antrag einer Lustfahrt beschlossen, da ihnen nur der Wechselschiff ihrer Fahrzeuge genutzte Fortörungen nicht ermöglicht wurden. An alle Einwohner der Stadt haben die Arbeiter die Mahnung geschrieben, bis zur Beendigung des Streiks, wenn ihnen ihr Leben lieb sei, die Fahrkutsche nicht zu benutzen.

Wasserverbaltungen ungetreuer russischer (Wesen). Wie in den letzten Tagen Nordamerikas bei dem dortigen telegraphierten, erfolgte in New York den bereits gemeldeten Verhaftungen von Intendanten der am Sonntagnacht zwölf neue Festnahmen, darunter solche von Staatsräten und Obersten. Alle gestanden ein, Verhaftungsgelder von 25 bis 50.000 Rubel angenommen zu haben.

(Ein großer Grubenbrand), dessen Folgen noch nicht zu übersehen sind, ist Sonntag auf der Freiwaldgrube in der Schwarzmalde bei Freyburg ausgebrochen. Das Feuer scheint durch Selbstentzündung entstanden zu sein und hat bereits eine große Ausdehnung angenommen. Man kann dem weiteren Umsichgreifen des Feuers nur durch Abdämmung des Brandherdes entgegenwirken, aber auch dies bereitet fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Eine große Gefahr besteht für die benachbarte Zinkfütte Rossmunde, deren Fundamente fast bis zum brechenden Boden hinabgraben.

Golgenkrieger Einkleidung in einer Kreisgrube. Die „Landesherrliche Zeitung“ meldet aus Kreisbach: Am Sonntag führte in einer Grube ein Zell der zehn Meter hohen Wandung ein und tödete zwei Arbeiter. Zwei weitere wurden mit Mißgehetet.

(Die Laminierkatastrophe in Kanada.) Am Rogerspost, der in den kanadischen Provinz Winnipeg, sind 60 Menschen an der Arbeit, um die am Sonntag durch eine Laminie Verfallenen aus dem Schnee zu befreien. Die Verfallenen sind aber beinahe erfolglos, da die Laminierstelle fast unzugänglich ist. Sie liegt im rauhen Gebirge, 6000 Fuß hoch. Die Laminie hat ohne Warnungsgelächter und ging mit erschreckender Kraft nieder. Nur wenige Mann entgingen dem eiligen Grabe. Trotz der Anwesenheit und der immer noch drohenden Gefahr mochten diese sich sofort an die Rettung ihrer Kameraden bei dem Laminierung am Rogerspost sind, wie bereits berichtet, gegen 90 Menschen ungesunden. Die Zahl der Opfer des Laminierungszuges im Staate Washington wird auf 220 veranschlagt.

(Strandung) Kiel, 6. März. Bei Martenleuchte auf der Insel Fehmarn ist der Sauburger Dampfer „Storch“ gestrandet. Von Kiel sind Bergungsdampfer abgegangen.

(Wahrscheinlich) Auf dem Postamt in Wöhringstraße ist ein dortiger Handelsbank abgestreifter Geldbrief entfallen, 150.000 Mark, spurlos verschwunden.

(Vaminierung) Vancouver, 5. März. Beim Rogers Post hat sich ein Laminierungszug ereignet, bei dem 50 Menschen ungesunden sind.

(Eine Giftmordaffäre in Berlin.) Auf dem Friedhof in Berlin wurde die Leiche der 21-jährigen Sängerin E. G. v. d. B. bestattet. Sie ist die Tochter der Witwe Schröder, gegen die ein Verlangen wegen Giftmordes erhoben und die sich in Berlin aufhält, nachdem ihr freies Geleit aus dem Auslande und nach dem Auslande ausgestellt war. Die Tochter lag mit der Mutter in Klage über das von dem Vater hinterlassene Vermögen. Der Tod des jungen Mädchens erfolgte ganz plötzlich.

Neueste Nachrichten.

Thorn, 8. März. Der Vertreter der Anklage in dem Prozeß gegen den Grafen Pfeil beantragte in acht Fällen der Beteiligung zum Weindiebstahl die Einstellung des Verfahrens wegen Verjährung, im neunten Punkte, Weindiebstahl, Freispruch wegen Wahrnehmung berechtigter Interessen und nur im zehnten Punkte, verleumdliche Weindiebstahl, Beurteilung zu drei Monaten Gefängnis und Dienstentlassung. Die Verurteilung des Urteils wird am 9. März erfolgen.

Washington, 8. März. Beach lehnte im Unteramt des Marinekommissioners des Kongresses ab, seine Beweise für die Erreichung des Nordpols zu unterbreiten, indem er auf den Kontrakt hinwies, den er mit einer Verlagsanstalt abgeschlossen habe.

G. Assmann, Hoflieferant, Halle a. S., Markt 15/16. Erklärtiges Spezialhaus der Bekleidungsbranche. 6 Abteilungen.

Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Familiennachrichten.

Montag nachmittag 5 1/2 Uhr wurde uns ganz unerwartet unsere unerschöpfliche liebe Tochter und Schwägerin

Else

im Alter von 8 Jahren durch den Tod entzogen. Dies allen Freunden und Bekannten zur Nachricht mit der Bitte um stilles Beileid.

Die tieftrauernden Eltern

Hermann Regal und Frau, nebst Geschwistern

Die Beerdigung findet Donnerstags den 10. März, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhaus Ober-Altenburg 21 aus statt.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unserer teuren Entschlafenen sagt hierdurch aufrichtigen Dank zugleich im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Franz Schleussner, Rössen.

Zwangsversteigerung.

Mittwoch den 9. d. M., vormittags 10 Uhr, versteigere ich in „Cafino“ hier

30 Flaschen Roséwein.

Merseburg, den 8. März 1910.

Tschakants, Gerichtsvollzieher.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, des Rentiers

Wilhelm Luize,

sagen herzlichen Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.

Merseburg, den 7. März 1910.

2 Läuferschweine

fließen zum Verkauf
Anton Szlawski, Weider.

Nähmaschinen

werden schnell und repariert bei
L. Abrecht, Schmalstraße 14.

Ich tritt seit 8 Jahren an gebl. Aussehen, mit furchtbarem

Hautjucken.

Mit ich noch nicht die Hüfte Abrecht's Patent-Medizinale Seife aufgebracht hatte, war der Ausbruch mit dem Jucken vollständig beseitigt. S. Sch. Holtzei Sergeant in D. a. St. 50 Pf (15%ig) und 1,50 Mk. (35%ig, härtere Form). Dazugehörige Zudruck-Creme 75 Pf. und 2 Mk., ferner Zudruck-Seife (mild), 50 Pf. und 1,50 Mk. Bei Billig

Stiehl und Riß, Kupper.

Schönheit

verleiht schnell u. sicher GUTHMANN'S

echte Cosmos-Seife

Placore an den Verkaufsstellen.

Sie haben in allen einschlägigen Geschäften

Holzpanzoffeln

bauerhaft und billig bei
H. Lehmann, Breiterstr. 19.

Gebr. Schladitz-Fahrrad,

sehr gut erhalten, billig zu verkaufen.
Otto Bretschneider, Eisenw.-Handlg.

Radfahrer!

Wollen Sie Ihr Fahrrad in Stand setzen? Bitte besuchen Sie meine Spezial-Abteilung für Fahrrad-Zubehörteile.

Sie finden eine große Auswahl und kaufen Ersatz- und Zubehörteile bei mir am billigsten.

Trotz der erhöhten Gummipreise verkaufe ich Pneumatik infolge vorzüglichen Abschusses noch zu alten Preisen.

Wänter von Mk. 3,00 an, Luftschläuche von Mk. 2,50 an, Reparaturere erhaltene Ersatzteile.

Schladitz-Fahrräder,

Marke „Albina“, mit weitgehendster Garantie und folgender Ausstattung von Mk. 85,00 an

Otto Bretschneider,

Eisenw.-Handlg., St. Ritterstraße.

Arbeitsfrau

zur Gartenarbeit sofort gesucht

P. Krause, Gärtnereigärtner.

In das Genossenschaftsregister, betr. die ländliche Spar- und Darlehnskasse **Beundorf**, eingetragen Genossenschaft mit Sitz in **Beundorf**, im hiesigen Landkreise. In Stelle des Karl Frische ist **Wolfgang Bonath** zu Beundorf in den Vorstand gewählt.
Merseburg, den 2. März 1910.
Königliches Amtsgericht. Nr. 4.

Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Merseburg belegenen, im Grundbuche von Merseburg Band 47 Blatt 1840, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Bauunternehmers **Wilhelm Judoß** zu Merseburg eingetragenen Grundstücke: Kartenblatt 6, Parzelle 1109/53 ufm. Gutenbergrstraße, 1 a 30 qm, Kartenblatt 6, Parzelle 1110/53 Hofraum 2 a 09 qm Gutenbergrstraße 21 mit einem jährlichen Nutzungswerte von 900 Mark

am 4. Mai 1910, vormittags 9 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — Poststraße Nr. 16, Zimmer Nr. 19 — versteigert werden.
Merseburg, den 4. März 1910.
Königliches Amtsgericht.

Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Merseburg **Gutenbergrstraße Nr. 17** belegene, im Grundbuche von Merseburg Band 45 Blatt 1764 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Bauunternehmers **Wilhelm Judoß** hier eingetragene Grundstück: Kartenblatt 6, Parzelle 980/49, Wohnhaus mit Hofraum in Größe von 4 a 30 qm mit einem jährl. Nutzungswerte von 1200 Mark

am 4. Mai 1910, vormittags 9 1/2 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — Poststraße Nr. 16, Zimmer Nr. 19 — versteigert werden.
Merseburg, den 4. März 1910.
Königliches Amtsgericht.

Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll die ideale Hälfte des **Hofes Otto Braas** zu Agendorf an dem in Agendorf belegenen, im Grundbuche von Agendorf Band 6 Blatt 188 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Hofbesizers **Otto Braas** und dessen Ehefrau **Minna** eb. Einfeld zu Agendorf eingetragene Grundstück: Kartenblatt 2, Parzelle 103/60, Hofraum vom Plane 28 a in Größe von 8 a 21 qm

am 4. Mai 1910, nachmittags 4 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht im **Versteigerungslokale in Agendorf** versteigert werden.
Merseburg, den 5. März 1910.
Königliches Amtsgericht.

Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Merseburg belegene, im Grundbuche von Merseburg Band 44 Blatt 1728, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Bauunternehmers **Wilhelm Judoß** zu Merseburg eingetragene Grundstück: Kartenblatt 6, Parzelle 52, Acker, Plan 764 in Größe von 3 a 30 qm, mit einem jährlichen Nutzungswerte von 21/100 Talern

am 7. Mai 1910, vormittags 9 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — Poststraße Nr. 16, Zimmer Nr. 19 — versteigert werden.
Merseburg, den 2. März 1910.
Königliches Amtsgericht.

Volkschule.

Die Anmeldung der Kinder, die Eltern d. Z. schulpflichtig werden, findet im Konferenzzimmer der **Altenburger Schule** an folgenden Tagen statt:
für die **Reinhardtsschule**: Montag den 14. d. M., nachmittags von 4—1/2 Uhr.
für die **2. Bürgerschule**: Dienstag den 15. d. M., nachmittags von 4—1/2 Uhr.
für die **Altenburger Schule**: Mittwoch den 16. d. M., nachmittags von 4—1/2 Uhr.
Bei der Anmeldung sind Impf- und Tauffchein vorzulegen.
Merseburg, den 7. März 1910.
Der Rektor **Sebmich**.

Ein guter Rat:

Nehmt nur „Ozonit“ (Prof. Giessler's Patent) das moderne Waschmittel Es macht die Wasche blendend weiß!



Ges. gesch.

Große Landwirtschaftliche Auktion am Dienstag den 15. März cr., 10 Uhr vormittags, in Zschöchergergen (Sorge, am schwarzen Bir).

Im Auftrage der Bayerischen Erben kommen zum Verkauf öffentlich meistbietend neben Barzahlung:
2 Pferde, 9 Jahr alt, 10 Kühe, darunter frischmelkende und hochtragende, 3 fette Schweine, 12 Läufer, 1 Zuchtstau, 40 Fühler, 2 Säbne, Dresch, Häckel, Rübenschnede- und Hackmaschinen, 1 Viehwage mit Gebäude, 2 Ackerwagen, 1 Dreischwaben, Ackerflüge, Eggen, Krümmer, Hackflug, Ackerflüchten, 1 Jgel, 2 Schafraufen und Sorten, Ringelwalze, 1 wasserdicke Diemenplane, 1 Kastenflüchten, Entleerern, Wagenräder, Aufsch- und Ackergeräthe, sowie sonstige verschiedene Wirtschaftsgegenstände.
Müller, Auktionator, Schöteuditz.

Aus den deutschen Kolonien

kommen zum grossen Teil die Cocosnüsse, deren Mark den Grundstoff bildet zur Herstellung von

Palmato

allerfeinste Pflanzenbutter-Margarine — wirklicher Ersatz für feinste Meiereibutter — und

Manna

das feinste Cocospeisefett zum Kochen, Braten und Backen, von grösster Ausgiebigkeit und sparsam im Gebrauch.

Überall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld

Von der Handwerkskammer vorgezeichnete Lehrverträge
gültig stets vorräthig
Buchdrucker **Th. Rössner**, Merseburg, Oelgrube 9.

Serenus,
Wicht. Rheumatismus oder Gelenksränder-Beckpflaster St. 60 Pf. hat sich 1000fach bewährt.
Reinh. Rietsch, Kaiser-Drug., Hofmarkt.

Verantwortliche Redaktion Deud und Verlag von Th. Rössner, Merseburg.

Höhere Mädchenschule.

a) Die Aufnahme derjenigen zu Otern d. Z. schulpflichtig werden Kinder, welche die hiesige höhere Mädchenschule besuchen sollen, findet im Dienstzimmer des Unterzeichneten, Schulstraße 1, am **Sonntag den 12. März, vormittags 10 Uhr**, statt. Zeugnisung und Impfzeugnis sind vorzulegen.
b) Diejenigen Mädchen, welche Otern d. Z. aus anderen Schulen in die höhere Mädchenschule übergeben sollen, werden am **Mittwoch den 6. April, vormittags 10 Uhr**, im Dienstzimmer des Unterzeichneten geprüft und aufgenommen.
Das letzte Schulzeugnis, wie Taufbescheinigung und Impfzeugnis sind vorzulegen.
c) Das neue Schuljahr beginnt am **Donnerstag den 7. April, morgens 8 Uhr**.
d) Die Penline sind am genannten Tage **vormittags 10 Uhr** der X. Klasse anzuführen.
Merseburg, den 3. März 1910.
Der Direktor **Schulte**.

Gehobene Schule.

Die Anmeldung der Kinder, die Eltern d. Z. schulpflichtig werden, findet an folgenden Terminen im Saal der Knabenschule statt:
Donnerstag den 10. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr die Mädchen,
Freitag den 11. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr die Knaben von A bis K,
Freitag den 11. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr die Knaben von L bis Z.
Hierbei sind Impf- und Tauffchein vorzulegen. Die Kinder, die Otern 1909 zurückgestellt worden sind, müssen jetzt aufs neue angemeldet werden.
Kinder, die bereits die Schule besuchen und Otern d. Z. in die gehobene Schule eintreten sollen, werden am 21. d. M., vormittags zwischen 8 und 12 Uhr aufgenommen. Hierfür dem Impf- und Tauffchein muß auch der Schulentslassungszeugnis vorgelegt werden.
Merseburg, den 3. März 1910.
Der Rektor **Franga**.

Landwirtschaftliche Inventar-Auktion

in Spergau, Dürrenbergerstr. Nr. 14.
Wegen Aufgabe der Wirtschaft sollen **Freitag den 11. März von mittags 12 Uhr ab** folgende Gegenstände versteigert werden:
1 Rüstwagen, 1 Kastenwagen, 1 Ackerwagen, 1 Zaunwagen mit Fah, 1 Rüstwagen, 1 Drillmaschine (11 reihig), 1 Häckelmaschine, 1 Rübenschnippelmaschine, 1 Reinigungsmaschine, 1 Eckerflügel, 1 Zweifach, 1 dreiteilige Walze, 1 dreiteilige Egge, 2 andere Eggen, 1 Kartoffeldämpfer, 1 Zentrifuge, 2 Aufschgeschirre und versch. and.
Der Besitzer.



HANSA
Backpulver
bleibt unerreich.
Nährmittel-Fabrik „Hansa“
Hamburg.
Für 50 „Hansa“-Dosen erhalten Sie ohne Dose 5. Kalor. gratis.

Überall erhältlich!

Zweite Beilage.

Deutschland.

— (Ein Konservativer über die „pathologische“ Friedensidee) Der zweite Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft in Stuttgart, Stadtpfarrer Umrind, war in der „Deutschen Reichspost“, dem Organ der Konservativen Württemberg, persönlich angegriffen worden. In einem kleinen Artikel wurde in spöttischem Tone darauf hingewiesen, Umrind glaube „in vollem Ernst“ ein Abkommen über den Rüstungsstillstand zwischen Deutschland und England könnte in der Weise getroffen werden, daß die Marinebudgets etwa in dem Verhältnis von 350 zu 700 Millionen Jahresausgaben festgelegt würden. Darauf schrieb Umrind eine kurze, in verbindlichem Tone gehaltene Erwiderung mit der Überschrift: „Man kann auch vom Gegner lernen.“ Herr Umrind erhielt keine Antwort. Er sagte demnach nach Verlauf von zwölf Tagen in höflicher Form nach dem Schluß seines Artikels, darauf erhielt er eine Briefkarte folgenden Inhalts:

„Sehr geehrter Herr Pfarrer! Den betreffenden Artikel kann ich nicht bringen; ich müßte daran eine sehr gehässige Polemik knüpfen, die ich vermeiden möchte. Die Bestrebungen Ihres Vereins sind für mich direkt pathologisch, eine besondere Form der modernen Neurotische. Der Krieg ist etwas Gutes und; der kriegerische Geist ist die wertvollste sittliche Potenz eines Volkes; vor den Krieg abschaffen will, verflucht sich am Naturgesetz und an Gottes Weltordnung. Eine Welt ohne Krieg würde an ihrer eigenen inneren Erbarmlichkeit, an Marasmus, zugrunde gehen.“

A. Röder, Geseftsdirektor.

Bekanntlich sind auch konservative Abgeordnete Mitglieder der Interparlamentarischen Friedensunion.

— (Gegen die sozialdemokratischen Lehrer in Bremen), die an Vebel zu seinem 70. Geburtstag ein Telegramm abgesandt hatten, hat die Schulbehörde eine Verfügung an die Schulkollegen erlassen, in der es heißt: „Die Lehrer, welche es mit den von ihnen übernommenen Beamtenpflichten für vereinbar gehalten haben, das Telegramm abzugeben, oder sich an der Abfertigung zu beteiligen, haben nicht den Mut gehabt, für ihre Handlungsweise mit ihrem Namen einzutreten, so daß sie bislang nicht bekannt sind. Um meinen Zweifel über die Stellungnahme der Unterrichtsverwaltung zu dieser Angelegenheit aufkommen zu lassen, wird ausdrücklich erklärt, daß in der Abfertigung des Telegramms ein Dienstvergehen erblickt wird, daß die Beteiligten für ungeeignet für den Dienst als Staatsbeamte erscheinen läßt, und daß, wenn sie bekannt wären, unmissverständlich gegen sie das Verfahren auf Dienstentlassung eingeleitet werden würde.“ — Nach Mitteilungen sollen die geheimen Bemählungen der Behörde um die Erwerbung der Urheber der Glückwünschepöpsche den Erfolg gehabt haben, daß durch Indiskretion eines Lehrers 35 Lehrer bekannt wurden, die an der Abfertigung des Telegramms an Vebel beteiligt gewesen sein lassen. Einer von ihnen sei sofort aus dem Dienst entlassen worden.

— (Abg. Erzberger hat schon wieder terribelt.) In einer Versammlung zu Mühlheim a. Rh. teilte der Demokrat Dr. Breitscheid vor kurzem mit, Herr Erzberger habe in einem engen Kreise erklärt, das Zentrum müsse bei der nächsten allgemeinen Reichstagswahl häufiger mit der Sozialdemokratie gehen; er (Erzberger) bekomme Briefe von Geistlichen, die zu einem solchen Zusammengehen drängen. In einer Zuschrift an den Kölner „Lokal-Anzeiger“ bekräftigt Erzberger, in dieser Form gesprochen zu haben; er habe nur erklärt, ein anfänglicher Sozialdemokrat sei ihm lieber als ein kulturkämpferischer Nationalliberaler. Und so dächten auch katolische Geistliche. In einer am Dienstag in Köln abgehaltenen Wahlrechtsversammlung der Demokratischen Vereinigung erklärte nun Herr Dr. Breitscheid auf das Bestimmteste, daß er keine Mitteilung in der in Mühlheim vorgezogenen Form wörtlich ausreicht erhalte. Wenn Herr Erzberger bestreite, so sei das dessen Sache; er stehe bei dessen Behauptung. Unkräftig habe Erzberger gesagt, katolische Geistliche seien an ihn herantreten, daß bei der kommenden Reichstagswahl möglichst angeordnete Abmachungen mit der Sozialdemokratie getroffen werden.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 7. März.) Der Reichstag verabschiedete am Montag zunächst den Gesetzentwurf über die Erweiterung und Umgestaltung. In der kurzen Debatte wurde vor allem die Wahrung der Interessen der deutschen Aktionäre betont. Dann wurde die zweite Lesung des Marineetats fortgesetzt. Erster Redner war Dr. Strauß von der Fortschrittlichen Volkspartei, der im Namen der neuen Partei die Bereitwilligkeit erklärte, den leitenden Staatsmann in dem Vertrauen, gute Beschlüsse zu England zu unterfallen, nach Kräften zu unterstützen. Im einzelnen wurde die sachkundige Rede eine scharfe Kritik am Marineetat und eine wertvolle Ergänzung der Rede Dr. Veinhart vom letzten Sonnabend. Dr. Strauß nahm sich auch berechtigter lokaler Interessen seiner Heimatstadt Kiel an und verlangte auch seinerseits größtmögliche Sparmaßnahmen. Der Staatssekretär von Krieg erklärte einige der strategischen Anordnungen als sehr dankenswerth, wandte sich aber im übrigen gegen die Straußschen Ausführungen und ludte die Marineverwaltung vor allem gegen den Vorwurf der Stellungsalgenwirtschaft bei den Offizieren in Schutz zu nehmen. Der freikonservative Abg. Hr. v. Camp polemisierte fast ausschließlich gegen den Grafen v. Spersdorff über die Monopolisierung der Firma Krupp, wußte sich aber auch seinerseits gegen den Vorwurf des Grafen v. Spersdorff über die Marineverwaltung. Auch ihm antwortete der Staatssekretär und betonte wiederholt, daß der Hauptzweck unserer Flotte die Erhaltung des Friedens sei. Der nationalliberale Führer Bajer amn polemisierte gegen die äußerste Linke und lehnte unter Berufung auf den sozialdemokratischen Schriftsteller Lautner den Gedanken einer Verhängung des Kriegszustandes ab. Es folgte eine Erwiderung des Abg. Reeb von der Linken als ganz einseitig hinreichend, und im folgenden Herrn v. Zitzsch der Innerparlamentarier, welcher im vorigen Jahre verweigert habe, daß England wenigstens in formeller Weise an Deutschland herantreten ist. Herr v. Zitzsch verlas die in Frage kommende Erklärung des Staatssekretärs des Krieges, welche in der Verordnungs-Kommission, aus der allerdings hervorzuerg, daß unverständliche Verhandlungsgeschichte haben, wenn es auch noch nicht zu einem formellen Antrag gekommen ist.

Abgeordnetenhans. (Sitzung vom 7. März.) Das Abgeordnetenhans erledigte am Montag zunächst eine Reihe von Eingemeindungsanträgen für die Städte Essen, Köln, Raiborn, Kiel, Harburg, Magdeburg und Frankfurt a. M. Das erste der Vorlage betraf Frankfurt, fand eine größere Debatte statt. Der freikonservative Abg. v. Kardorff versuchte, die Vorlage mit den Wahlrechtsdemonstrationen und dem Frankfurter Kommunalwahlrecht zu verquicken, und ließ durchblicken, daß seine Freunde wegen der Stellungnahme der Frankfurter Stadtvertretung gegen die Polizeiverwaltung anlässlich der letzten Wahlrechtsreform gegen die Stadt gegen die Eingemeindungsanträge stimmen würden. Von dem freikonservativen Abg. Hund und dem nationalliberalen Abg. v. Bülow-Homburg wurde er aber gründlich abgefertigt. Beide wiesen darauf hin, daß es sich lediglich um rein praktische kommunale Aufgaben handelte. Abg. Hund betonte ausdrücklich, daß die gesamte Bürgererschaft Frankreichs an ihrem Anteil wahrnehm wie ein Mann schätzbar würde. Die Vorlage wurde schließlich gegen die Stimmen der Freikonservativen und eines Teils der Konserverativen und des Zentrums in zweiter Beratung genehmigt. Sodann wurde die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt. Der nationalliberale Abg. Dr. Schröder wies auf die Vertreibungen des Hanse-Bundes hin, der Industrie, dem Handel und dem Handwerk eine größere Vertretung im Parlament schaffen mußte und betonte dabei ausdrücklich, daß seine Forderungen gegen die Landwirtschaft, welche sich auf den bisherigen Verhandlungen des Bundes durch ihren Loyalen und anhänglichen Ton gezeigt habe. Darauf hielt der freikonservative Abg. Rabardt eine längere Rede, in der er sich ebenfalls den Beschwerden des Hanse-Bundes sympathisch gegenüberstellte. Die Handwerker hätten sich diesem Punkte angeschlossen, und die Politik der vorerwähnten Ausschüsse nicht weiter führen wollten. Im übrigen beklagte er die rigorose Durchführung der Wäckerordnung und die Befreiung des Handwerks durch die soziale Gesetzgebung, deren Durchführung er zwar nicht den Weg treten will, die aber das Handwerk auf seinen Fall mehr belasten dürfte. Der Handelsminister Sedow sagte ihm Unterstützung des Handwerks durch erhöhte Bemählung staatlicher Versicherungsaufträge zu. Die wichtige Frage der Trennung von Handwerk und Fabrik könne nicht getrennt entschieden werden, sondern nur von Fall zu Fall, mit dem Rücksicht auf den Jener seien aber Verhandlungen eingeleitet, um die dafür maßgebenden Leitfäden festzulegen. Der Minister warnte weiter davor, mit der Durchführung des zweiten Teils des Gesetzes zur Sicherung der Bauordnungen zu schnell vorzugehen, man müsse die Erfahrungen abwarten, auch habe sich herausgestellt, daß der zweite Teil dieses Gesetzes recht ungeschicklich wirken würde. Zum Schluß schob der polnische Abgeordnete Korantys es der Polenpolitik in die Schuhe, daß Handel und Handwerk besonders nach Österreich nicht den Absatz fänden, der erwartet werden könne. — Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt, vorher sollen weitere Eingemeindungsanträge erledigt werden.

— Der geschäftsführende Ausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei wird zu seiner eintägigen Sitzung am Donnerstag den 10. März im Reichstage zusammenzutreten.

— Hinsichtlich der preussischen Wahlrechtsvorlage ist, wie man aus Abgeordnetenkreisen mittelt, die Situation zur Zeit noch unruhig. Die zweite

Lesung der Vorlage wird am Freitag beginnen und 3-4 Tage dauern. Nach Verlauf eines „Reiseposttages“ wird sich unmittelbar die dritte Lesung anschließen, und für Freitag über 8 Tage, den in der Geschichte Preussens nicht unüblichen 18. März, ist die Schlußsitzung am Freitag über das ganze Gesetz vorläufig in Aussicht gestellt.

Luftschiffahrt.

Kopenhagen, 6. März. Ein Dresdener Luftballon mit zwei Insassen ist heute morgen um 8 Uhr nach glücklicher Fahrt in Loosby nahe am Ringjösbjerg (Holland) gelandet.

Paris, 6. März. Der französische Luftfahrer Decolot erlitt gestern früh vor Einbruch der Dämmerung auf dem Fluglande von Van einen Unfall. Als er mit seinem neuen Eindecker bis zu beträchtlicher Höhe emporgestiegen war, führte die Maschine plötzlich mit großer Gewalt zu Boden und wurde vollständig getrimmert. Der Flugkünstler blieb wie durch ein Wunder unverletzt.

Wauernon le Grand (Depart. Marne), 6. März. Der Notatter Farman hat gestern einen Flug von 1 Stunde 2 Minuten 23 Sekunden mit zwei Begleitern ausgeführt und damit einen neuen Weltrekord für das Fliegen mit Passagieren aufgestellt.

Ein neuer Flug Raugiers über dem Meere. Als ein Telegramm meldet, führte Raugier am Sonntag nachmittag von Monaco vor einer reichen Zuschauermenge wieder einen prächtigen Flug über dem Meere aus. Der Luftfahrer erhob sich vom Hafental in die Luft, flog über den Felsen immer höher an, wendete 800 Meter über dem Kap Martin, flog über den Hafen von Monaco, dann über Monte Carlo und das Ozeanographische Museum hinweg, segelte wieder über das Meer, erreichte den Zaubersteinsand, über dem er wieder wendete, und landete im Steilgelände auf dem Kap. Fürst Albert von Monaco verfolgte den Flug, der 12 Minuten dauerte, mit lebhaftem Interesse.

Preisflug im Aeroplan. Ingenieur Warchalowsky gewann Sonnabend vormittag in seinem Aeroplan den von der österreichischen aaronatischen Kommission gestifteten Preis von 6000 Kronen für einen 10-Kilometerflug ohne Zwischenlandung.

Vermischtes.

* (60 Personen durch Schu gemordene Kinder verlegt.) Auf dem Stadtplatz von Cakettau im Department Oers, wo dieser Tage ein Jahrmarkt stattfand, wurden durch Schu gemordene Kinder und Pferde über 60 Personen verwundet, darunter auch 12 Kinder.

* (Bei 10 Spielen auf dem Schulhofe in Aachen liefen zwei Gymnastiken so heftig mit dem Kopf aneinander, daß der eine von ihnen, der kurz vor dem Einjährigen-Examen stand, an den Folgen des Anfalls gestorben ist.)

* (Ein zwölfjähriger Erfinder.) Das Wiener Patentamt erteilte einem zwölfjährigen Knaben namens Gary, Schüler der zweiten Gymnasialklasse, ein Patent auf eine neuartige Schutzordnung für Straßenbahnmaggen.

Berliner Getreide- und Produktenspreise.

Berlin, 7. März.
Weizen rot. 221.00—223.00 Mark.
Roggen rot. 155.00 — — — Mark.
Hafer rein 171.00—180.00 Mark, ho. mittel 165.00 bis 170.00 Mark.
Weizenmehl Nr. 10 brutto 27.00—30.00 Mark
Roggenmehl Nr. 7 und 11 19.10—21.10 Mark.
Gerste rot. 140.00—145.00 Mark, ho. schwe. 130.00
Bogen und ab. Schafe 140.00—150.00 Mark, ho. rot. 130.00
Bogen rot 130.00—134.00 Mark.
Weizenkleie grob netto opt. Sad ab Maße 11.50 bis 12.50 Mark, do. fein netto opt. Sad ab Maße 11.50 bis 12.50 Mark.

Viehmarkt.

Leipzig, 7. März. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehbove zu Leipzig. Auftrieb: 589 Rinder und zwar: 194 Ochsen, 26 Kalben, 212 Kühe, 107 Bullen, 890 Kälber, 563 Stüd Schafvögel, 2428 Schweine und zwar: 2428 deutsche, zusammen 3906 Tiere. (Preis 150 kg in Markt.) Schlachtvieh: Ochsen, Qual.: I 62 II 74, III 64, IV 54, V — — — Kalben und Kühe, Qual.: I 77 II 70, III 61, IV 51, V 40; Bullen, Qual.: I 69, II 64, III 62 IV — — — Schweine, Qual.: I 69, II 66, III 62, IV — — — Schafe, Qual.: I 41, II 38, III 34, IV — — — Verkauf: 526 Rinder, und zwar: 182 Ochsen, 26 Kalben, 211 Kühe, 107 Bullen, 879 Kälber, 484 Schafe, 2418 Schweine. Geschäftsgang: Rinder und Schweine langsam, Kälber und Schafe mittelmäßig.

Reklame teil.

Der Hunger nach ein bißchen Sonne
Lebt die Menschen ins Freie, wenn der Himmel auch nur ein bißchen freundlich aufsetzt — und oft besahmt man die keine Erholung mit einer langwierigen Eislung. Man muß also besonders vorsichtig sein und auf solch einem Spaziergang ein paar Feins ächte Sodener Mineral-Bassillen im Munde vorrücken lassen. Man muß dann die ausgesetzte vorzubereite Wirkung der Sodener ganz schätzen lernen. Feins ächte Sodener Mineral-Bassillen kosten nur 85 Pf. pro Schachtel und sind in allen einschlägigen Geschäften zu haben. Nachahmungen aber weisen man ganz entschieden zurück.

Möbelfabrik C. Hauptmann HALLE a. S., Poststrasse 3 und Kl. Ulrichstr. 36 a. b. Wohnungseinrichtungen und Brautausstattungen.

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Abholung von uns ausbezahlen, bei Bestellung ins Haus durch unsere Postträger in der Stadt und auf dem Lande ausserdem Zustellgebühr, nach die Welt 1,20 Mk. unter 42 Pf. Verlagsort. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Dienstagen ausgenommen. — Nachdruck unserer Originalaufnahmen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet. — Die Rückgabe unangelegter Sendungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
asseilig. Illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbl.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeile für einen Monat bei Merseburg und abwärts
Umgebung 10 Pf., fremde Städte 25 Pf., auswärts je nach
20 Pf., im Restland 40 Pf. Bei komplizierten Satz entfallender Anzeigen,
Schwierigkeit der Satzbelegungen nach Vereinbarung. Die Nachdruckungen und Offensivanzeigen
besondere Berechnung, nach Ausweis mit Preisnachschlag. Erfüllungsort: Merseburg.
Das Anzeigenpreis für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere
Anzeigen bis höchstens 9 Uhr, Samstagsanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 57.

Mittwoch den 9. März 1910.

36. Jahrg.

Der Block, von dem man nicht spricht.

Als vor noch gar nicht so langer Zeit unserer innerpolitischen Lage jeder Anlaß zu einer Besserung fehlte und die Gruppierung der Parteien noch so verzerrt war, daß irgend eine Abstammung zur Durchführung politischer Fortschritte nicht möglich erschien, haben die wenigen Geschichtsschreiber mit Recht behauptet, daß der Niedergang der Staatsfinanzen und die über kurz oder lang eintretende Notwendigkeit, das ganze Finanzsystem des Reiches auf eine andere Grundlage zu stellen, den Beginn einer neuen politischen Entwicklung bedeuten werde. Diese Voraussicht hat sich als richtig erwiesen. Das Blockgebilde Wilhelms ist durch die stümperhafte Reichsfinanzreform zersprengt worden. Die Parteigruppierung ist dadurch so klar und übersichtlich geworden, wie wir sie seit langer Zeit nicht gehabt haben. Von großen Teilen der Bevölkerung, die sich bei der bis dahin verworrenen politischen Lage nur ungern in den Vorgängen der Politik befassen, wird diese Klarheit des politischen Bildes als etwas Wohlwunders empfunden. Daß diese Empfindung auch auf der rechten Seite vorhanden ist, wo sie in jener von Rücksichten nicht angefärbelten Art des agrarischen Draufgängertums zur Schau getragen wird, ist als sich ebenfalls ein Fortschritt.

Die durch die Finanzreform bewirkte politische Frontveränderung mit der Schmelzhaftigkeit, mit der sie sich vollzogen hat, mitzumachen, ist natürlich nicht allen Beteiligten so leicht geworden. Und es gibt auch jetzt noch einige Politiker, denen das Nachbars Garten so sehr gefallen hat, daß sie eine wehmütige Erinnerung an die alte Blockzeit, an jene Zeit der unmaßtlichen Paarung, noch immer nicht unterdrücken können. So ist auch hier und da auf der linken Seite das Verständnis für die veränderte Lage und für die Notwendigkeit, rücksichtslos Realpolitik zu treiben — d. h. Realpolitik nicht im Sinne der Lesetretter — noch immer nicht in dem notwendigen Maße entwickelt. Größer als anfangs ist das Verständnis schon geworden. Das muß klar werden, wenn man sich heute daran erinnert, welche Anfeindungen der Abgeordnete Naumann erlitt, als er vor noch gar nicht langer Zeit das Wort von „Wassermann bis Webel“ prägte. Heute denkt man schon ruhiger darüber und verschiedene staats- und kommunalpolitische Kämpfe sind inzwischen mit Erfolg aus dieser Parole ausgeföhrt worden. Man stellt diese Gedanken aber nicht mehr so laut in den Vordergrund, um erst die ängstlichen Gemüter, denen noch der rote Sack noch der latente

vativ gefimmt. 1907 sind etwa 2 Millionen Stimmen mehr für die Parteien der Linken als für die Parteien der Rechten abgegeben worden. Hätten wir das System der Verhältniswahl über das ganze Reich, dann wäre schon 1907 eine konservative Mehrheit nicht möglich gewesen. Sie ist möglich geworden durch die Verschiedenartigkeit der Wahlkreise bezüglich der Stimmenanzahl und durch die unglückliche Blockparole, deren Befolgung den rechtsstehenden Parteien viel mehr Stimmen der Linken als umgekehrt gebracht hat. Hätte schon 1907 nur für die Stichwahl ein Abkommen des linken Blocks bestanden, dann wäre das Wahlergebnis ein ganz anderes geworden.

Alle die kleinlichen Parteimatematiker beweisen mit ihren Berechnungen nur, daß sie die Zeit nicht begreifen haben. Das deutsche Volk will in seiner überwiegenden Mehrheit den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Rechts steht der Feind mit seinem reaktionären und antisemitischen Anhang. In zersetztem zu helfen, muß die vornehmste Aufgabe eines jeden Staatsbürgers sein, der nur ein fähigen fortschrittlichen Geistes in sich spürt. Die anderen Fragen, die die Parteien der Linken von einander trennen, müssen gegenüber der dringenderen Aufgabe, die Junkerschaft zu stürzen, zurückgestellt werden. Möge dieser Gedanke bis zur nächsten Wahltagwahl weiteste Verbreitung finden. Nur Einigkeit macht stark. Sorgen wir mit Hilfe des Wahlblocks der Linken dafür, daß dem früheren Seban jetzt endlich nach 40 Jahren ein inneres Seban folge, ein großer Schritt vorwärts auf dem Wege einer freiwirtschaftlichen Staatsentwicklung.

Der Entwurf zur Verringerung der Rechtsanwaltsordnung.

der in voriger Woche vom Bundesrat angenommen wurde, ist gleichzeitig mit der Vorlage zur Entlastung des Reichsgerichts beraten worden, weil er mit dieser auch sachlich im Zusammenhang steht. Denn es handelt sich dabei um die Schaffung eines zweiten Senats beim Obergerichtshof am Reichsgericht zu Leipzig. Der jetzt bestehende Obergerichtshof ist durch das ständige Anwachen der Zahl der Rechtsanwälte derartig mit Berufsfragen überlastet, daß ein zweiter Senat ins Leben gerufen werden muß. Der Obergerichtshof besteht aus dem Präsidenten des Reichsgerichts, 3 Richtern und 3 Rechtsanwälten dieser höchsten Instanz. Die Obergerichte für Rechtsanwaltschaft im Bezirk eines jeden Oberlandesgerichts bleiben die erste Instanz in allen obergerichtlichen Angelegenheiten. Sie werden aus der Zahl der Vorstandsmitglieder der betreffenden Anwaltskammer gewählt und setzen sich zusammen aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und 3 Mitgliedern.

Aus dem Entwurf über die Zuständigkeit des Reichsgerichts, der dem Reichstage schon zugegangen ist, teilt die „Rein. Westf. Ztg.“ folgendes mit: Die Zuständigkeit des Reichsgerichts wird ausgedehnt auf alle Fälle, in denen beide Vorinstanzen gleichlautende sachliche Entscheidungen treffen. Hierbei ist folgende Ausnahme vorgesehen: Beinhaltet das Urteil des Berufungsgerichts auf der Auslegung eines Reichsgesetzes, die mit einer früheren Entscheidung des Reichsgerichts in Widerspruch steht, so ist die Revisionsanmeldung beim Reichsgericht zulässig. Ferner sind zur Entlastung des Reichsgerichts folgende Einschränkungen der Zuständigkeit vorgesehen: Beseitigung des Reichsgerichts als Beschwerdegericht in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. Abnahme der Entscheidungen über die Anträge auf Bestimmung des zuständigen Gerichts, Ausschluß der Revision gegen Urteile der Oberlandesgerichte über Arreste und einstweilige Verfügungen. Schließlich wird vorgesehen eine Erhöhung der Gerichtskosten für die Revisionsinstanz, eine größere Sicherung der tatsächlichen Feststellungen der Instanzgerichte gegen Revisionsangriffe, die Beseitigung der mit der Revision verbundenen Suspensivwirkung. Man hofft, die Zivilsenate mit diesen Mitteln zu entlasten, nachdem die

früher vorgesehenen Erhöhungen der Revisionssummen keine Entlastung geschaffen hatten, eine weitere Erhöhung der Summen aus verschiedenen Gründen nicht angängig ist und im Interesse der Einheit der Rechtsprechung eine Vermehrung der Zivilsenate nicht zu empfehlen ist.

Zu den Wahlrechtsdemonstrationen

am letzten Sonntag schreibt die „L. Z.“: Leider ist am Sonntag in Berlin Blut geflossen. Wenn es aber nicht schlimmer gekommen ist, als es kam, so ist dies sicherlich nicht auf das Verhalten der Polizei zurückzuführen. Diese hat trotz einiger gut gelegter Attaden am Sonntag eine schwere Niederlage erlitten; mehr noch, sie hat eine ihre Reputation stark beeinträchtigende Blamage davongetragen. Die Wahlrechtsparagangänger tauchten ganz wo anders auf, als wo man sie mit Aufgebot von Tausenden von Schutzleuten erwartet hatte. Reichstag und Tiergarten waren Zeuge des Massenwillens. Die Polizei, die wohl am liebsten das herrliche und zum Spazieren gehen mit ohne Demonstrationen zweck geradezu herausfordernde Frühlingsschnee abbestellt hätte, sollte aus den Vorgängen nun wirklich die Lehre ziehen, daß friedliche Bewegungen von Hunderttausenden auf der Straße sich nicht unterdrücken lassen, da die Massen, von einem Punkt abgedrängt, doch schließlich irgendwo bleiben müssen und so ganz von selbst wieder neue Demonstrationen herbeiführen. Am letzten Ende ist eine friedliche Menschenmenge doch mächtiger, als ein noch so großes Aufgebot von Polizisten, die die „heile Welt“, wo die „Fürsten stehen“, immerhin nicht auf allen Punkten zugleich verteidigen können. Die Absperrens- und Abdrängungsmaßnahmen finden schließlich ihre Grenze an der physischen Kraft der Schutzleute, die doch nur nach Tausenden zählen und unter dem unerschöpflichen Dienst schwer zu leiden haben, während die Masse nach Hunderttausenden zählt und daher stets frisch und jung sein kann. Sie kann, wenn sie es darauf anlegt, die Polizisten müde und weich machen; die Polizei ihrerseits aber bekommt die Massen nicht klein, solange wie diese sich so disziplinierter verhält, daß Säbel und Revolver schließlich nur in vereinzelten Fällen in Aktion treten können.

Aber den Wert von Straßendemonstrationen kann und soll hier nicht beurteilt werden. Ihre suggestive Kraft ist unbestreitbar. Ihre politische Einwirkungskraft auf die maßgebenden Faktoren mag gering oder vielleicht sogar — in Preußen — nachteilig sein. Aber die Polizei-Demonstrationen gegen die Straßendemonstrationen sind ganz sicher nach den verschiedenen Richtungen hin verkehrt. Caffee, Essen, Magdeburg und erscheinungsweise diesmal auch Halle haben am Sonntag gezeigt, daß der Frieden der Bevölkerung, die Sicherheit des Verkehrs am besten gewahrt wird, wenn die Polizei Unzüge und Versammlungen unter offenem Himmel ruhig zuläßt und sich möglichst im Hintergrund hält. Die Berliner können das auch, was die Bevölkerung jener Städte kann. Sie sind in ihrem Grotz mindestens so friedfertig und wohlzupliniert. Wenn man aber die ungeheuerlichen Vorkehrungen der Polizei, die Absperrens ganzer Straßenzüge, die Schutzleute mit ihren umgeschulten Revolvern, dann mußte das verbittend und aufreizend wirken. Ausländer und Süddeutsche, die in Berlin weilten, schüttelten den Kopf und erhielten einen eigenartigen Begriff von der preussischen Freiheit und dem Vertrauen auf dieses Volk, das in stiller, emiger Arbeit den preussischen Lande die Werte schafft. Die herben Urteile über die Berliner Polizei flossen am Sonntag vielleicht aus dem Munde bürgerlicher Elemente, die den Belagerungsstand als eine Beeinträchtigung ihrer eigenen Rechte und als eine Unwürdigkeit empfanden. Bei dem Festessen der fortschrittlichen Volkspartei waren es namentlich die Abgeordneten Kaufmann, Naumann und Ablass, die dem Unmut über die

